Zum 20. Todestag von Bertolt Brecht Seite 8 1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 33 vom 14. August 1976 | 10. Jahrgang | 50 Pfennig

20 Jahre KPD-Verbot

Weg mit dem KPD-Verbot!

Die Älteren werden sich noch erinnern. Am 17. August 1956 verkündete das höchste Gericht der Bundesrepublik, das Bundesverfassungsgericht das Verbot der KPD. Einen Tag später trat das Verbot in Kraft. Damit waren Tausende Kommunisten, Revolutionäre, Antimilitaristen und Patrioten praktisch vogelfrei. Freigegeben zu Verhaftungen, Berufsverboten, Entlassungen und hohen Gefängnisstrafen.

Meinungsfreiheit? Freiheit der politischen Betätigung? Das Verbot der KPD, das bis heute nicht aufgehoben wurde, zeigt, was es in Wirklichkeit auf sich hat. Freiheit der politischen Betätigung gibt es nur für die Parteien der herrschenden Klasse. Die Partei der Arbeiterklasse wird unterdrückt.

Von Anfang an; Wiederbelebung des Faschismus

Das Verbot der KPD durch das Adenauer-Regime war ein Schritt bei der Wiederbelebung des Faschismus in den 50er Jahren.

Begonnen hatte diese Entwicklung bereits mit der Gründung des Spalterstaates „Bundesrepublik Deutschland". Die Gründung der Bundesrepublik bedeutete den entscheidenden Bruch des Potsdamer Abkommens, das den Aufbau eines einheitlichen, antifaschistischen, demokratischen und friedliebenden Deutschland vorsah. Damit war klar, was die US-Imperialisten und unter ihrem Kommando das Adenauer-Regime vorhatten. Westdeutschland sollte ihr imperialistischer Stützpunkt gegen das damalige sozialistische Lager werden, ein Hort der Reaktion und des Militarismus.

Während im anderen Teil Deutschlands, in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), unter dem Schutz der Roten Armee die Kriegsverbrecher enteignet, die alten Nazis bestraft und aus ihren Ämtern verjagt, die Monopole entflochten wurden, während in der DDR der erste sozialistische Staat auf deutschem Boden entstand, während dort die Arbeiterklasse zusammen mit den anderen Werktätigen unter Führung der SED einen demokratischen, antifaschistischen und friedliebenden Staat aufbauten und unermüdlich für die Einheit der deutschen Nation kämpften, nahm Westdeutschland eine genau entgegengesetzte Entwicklung: Man sagte „Entflechtung" und ließ die alten Monopole größer denn je wiederauferstehen; man sagte „Entnazifizierung" und hängte die Kleinen, die Großen ließ man nicht nur laufen, sondern hievte sie an die Kommandostellen des neuen deutschen Staates. Bei der Polizei, bei der Justiz, beim Verfassungsschutz, in den Staatskanzleien, bei Presse und Rundfunk, und bei der später gegründeten Bundeswehr — überall stellten altgediente Nazis das Hauptkontingent und saßen an den Schalthebeln der Macht.

Unterdrückt wurde die Arbeiterklasse, wurden die Werktätigen, die gegen die Remilitarisierung und für die Einheit Deutschlands kämpften, unterdrückt wurden vor allem die Kommunisten. So mancher, der unter dem Hitlerfaschismus im KZ gesessen hatte, wanderte auch jetzt wieder ins Gefängnis, verurteilt von den gleichen Richtern, die auch vor 45 über ihn zu Gericht gesessen hatten. Hinter dem Schlagwort der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" entstand Zug um Zug der Staat, den die Drahtzieher des Hitlerfaschismus, die Krupp, Siemens usw. brauchten, um die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen zu unterdrücken und auszubeuten.

Bereits ein halbes Jahr nach Gründung der Bundesrepublik wurde die erste kommunistische Zeitung verboten. 1950 verbot die Bundesregierung die politische Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes in

Fortsetzung auf Seite 6



Unmittelbar nach dem Verbot der KPD am 17. August 1956 besetzte die Hamburger Polizei die Räume des Organs der KPD in Hamburg, die „Hamburger Volkszeitung".

Das chinesische Volk kämpft siegreich gegen die Folgen des Erdbebens

Am 28. Juli wurde die Volksrepublik China von dem schwersten Erdbeben der letzten Jahre erschüttert. Am schwersten betroffen war die Industriestadt Tangshan mit einer Millionenbevölkerung. Auswirkungen des Bebens waren bis in die Hauptstadt Peking zu spüren. Diese furchtbare Naturkatastrophe hat viele Menschenopfer gefordert, Tausende von Häusern, Straßen, Fabriken, die das chinesische Volk in jahrelanger Arbeit aufbaute, wurden zerstört. Die chinesische Nachrichtenagentur Hsinhua berichtete von großen Verlusten an Menschenleben und Eigentum.

Die Nachricht von diesem schweren Unglück hat in aller Welt Trauer, Bestürzung und tiefe Solidarität hervorgerufen. Ein Gefühl aber überwog alle anderen: Das Gefühl grenzenloser Bewunderung gegenüber einem Volk, das noch in der Stunde der Katastrophe daranging, die Folgen zu bekämpfen, neue Schäden zu verhindern und mit allen Mitteln Menschen zu retten, ihnen Elend, Seuchen, und den Tod zu ersparen. So gelang es den Werktätigen, die meisten der verschütteten Bergleute von Kailuan gesund und wohlbehalten zu bergen, die die bürgerliche Presse bereits tagelang totsagte, weil ihre Rettung angeblich „unmöglich" sei.

Bis auf wenige Ausnahmen, sprechen die bürgerlichen Zeitungen von einem „Wunder", das in China geschehen sei. Denn wie anders klingen die Berichte von Tangshan als beispielsweise die aus Erdbebengebieten in Italien, Lateinamerika oder dem Nahen Osten! Hören wir, was Hsinhua aus den betroffenen Gebieten meldet:

„. . . An den Orten der Katastrophe herrscht eine revolutionäre Atmosphäre: Das Bewußtsein des solidarischen Kampfes, die Gewißheit, daß der Mensch die Natur besiegen wird (. . .) Nach den schweren Erdstößen, die am 28. Juli im Gebiet Tangshan-Fengnan stattfanden, sorgten sich unser großer Führer, Vorsitzender Mao, und das Zentralkomitee der Partei sehr um die örtliche Bevölkerung. Das Zentralkomitee sandte sofort eine Sympathieerklärung, die für die Bevölkerung einen großen Ansporn bedeutete. Das Parteikomitee der Stadt Tangshan und die Verantwortlichen der Einheiten der Volksbefreiungsarmee, die in Tangshan stationiert sind, bildeten sofort einen Kommandoposten, um die Bevölkerung im Kampf gegen die Folgen des Erdbebens zu leiten. Die Kader und Arbeiter der Kohlebergwerke von Kailuan, der Eisenhüttenwerke von Tangshan, der thermischen Zentrale und der Zementfabrik 422 von Tangshan gingen sofort daran, den Verunglückten Hil-

Fortsetzung auf S. 4, Spalte 3

"Spiegel"-Interview mit Polizeiminister

"Feuer frei" für die Polizei...

Die Polizeiminister der Bundesländer haben jetzt den „Musterentwurf für ein neues Polizeigesetz" veröffentlicht. In einem Interview mit dem „Spiegel" erklärte der rheinland-pfälzische Polizeiminister Schwarz aus diesem Anlaß offen, daß dieses Gesetz der Polizei die legalen Mittel zu offenem faschistischem Terror gegen das Volk geben soll.

Einer der Kernpunkte des neuen Gesetzes ist die Legalisierung der Bewaffnung der Polizei mit Maschinengewehren und Handgranaten, mit Kriegswaffen also, die dazu bestimmt sind, eine große Zahl von Feinden zu töten oder auszuschalten. Gegen wen sollen sie eingesetzt werden? Schwarz sagte in seinem Interview mit dem „Spiegel" offen: „Außerdem soll der Einsatz von Handgranaten und Maschinengewehren nur in einer bestimmten Situation und nach Androhung möglich sein — also erst, wenn jeder Unbeteiligte sich entfernen konnte. Aber es gibt Fälle, in denen sie angewandt werden dürfen und müssen, zum Beispiel in einer vorrevolutionären Situation. Es muß doch die Chance bestehen, eine bewaffnete Revolution niederzuschlagen." Schwarz selbst entlarvt damit die kapitalistische Lügenpropaganda, in der die Gesetze zur politischen Unterdrückung, die Terroraktionen der Polizei usw. als notwendig für den „Schutz des Bürgers vor Terroristen" hingestellt wurden. Aber die Polizei hat keineswegs die Aufgabe, den „Bürger zu schützen", ihr Terror richtet sich auch nicht nur gegen einige wenige. Im Gegenteil. **Die Polizei ist eine Bürgerkriegstruppe der Kapitalistenklasse zur Verteidigung und zum Schutz ihrer Ausbeuterherrschaft.** Die Kapitalistenklasse hat sich schon längst darauf vorbereitet, einer revolutionären Situation, wenn sich die werktätigen Massen unter der Führung ihrer kommunistischen Partei zum Kampf für den gewaltsamen Sturz des kapitalistischen Ausbeutersystems erheben, mit der Errichtung einer erneuten offenen faschistischen Diktatur zu begegnen. Mit den Notstandsgesetzen sind dafür alle Möglichkeiten gegeben. Aber die Kapitalistenklasse bereitet sich auch schon darauf vor, jetzt oder in naher Zukunft, die Kämpfe der

Fortsetzung auf S. 5, Spalte 1

AUS DEM INHALT

Mordterror des DDR-Regimes

Lastwagenfahrer kaltblütig erschossen

Der sozialfaschistische Terror des Honecker-Regimes hat erneut ein Todesopfer gefordert. Am 5. August, 3.45 Uhr morgens, wollte der italienische Lastwagenfahrer Benito Corghi zu Fuß vom westdeutschen Grenzübergang Hirschberg in die DDR gehen, um Ladepapiere, die er dort vergessen hatte, zu holen. Er starb im Kugelhagel der DDR-Grenzsoldaten, ermordet von den Schergen eines Regimes, das sich sozialistisch nennt, in Wirklichkeit aber eine nackte faschistische Diktatur ist.

An der Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR herrscht Mordterror. Die Mörder sitzen in Ostberlin und Moskau. Seit dem 13. August 1961 starben an dieser Grenze 166 Menschen. Durch Berlin zieht sich die Mauer. Ein Metallgitterzaun, Selbstschußanlagen, ein Todesstreifen und verminte Felder teilen Deutschland von der Ostsee bis zum Bayrischen Wald. Die Honecker-Clique hat ihren Soldaten den Befehl erteilt, auf jeden zu schießen, der, gleichgültig, ob er aus dem Westen oder Osten kommt, in diese Sperrzone eindringt. Sie geht sogar so weit, die Mordschützen mit einer Prämie und Sonderurlaub zu ehren. Besonders erfolgreiche „Beschützer" dieser Grenze werden öffentlich belobigt.

Die Honecker-Clique und ihre Oberherren, die russischen Sozialimperialisten behaupten, all das sei notwendig, um die „sozialistische DDR" vor dem Eindringen von „Provokateuren" zu schützen. Aber seit wann hätte es schon jemals ein sozialistisches Land gegeben, in dem die Werktätigen durch Mauer, Stacheldraht, Todesstreifen und Soldaten, die ihre Gewehre auf das eigene Volk gerichtet halten, eingesperrt sind? Nicht zuletzt diese Grenze und der brutale Terror des Honecker-Regimes dort beweist untrüglich, daß es sich bei der DDR schon längst nicht mehr um ein sozialistisches Land handelt. In der DDR sitzt den Werktätigen eine neue Ausbeuterklasse im Nacken, die mit sozialfaschistischem Terror herrscht und das Land zu einer Kolonie des russischen Sozialimperialismus gemacht hat. Die Verräter Ulbricht, Honecker und Co. haben die SED zu einer revisionistischen, sozialfaschistischen Partei gemacht, die den Namen „sozialistisch" nur noch im Munde führt. Als die DDR noch ein sozialistisches Land war, gab es in Berlin keine Mauer und an der Grenze keine Selbstschußanlagen und verminten Felder. Die Arbeiter und Bauern selbst hatten die Macht in der Hand und schützten ihre sozialistische Heimat. Damals flüchteten nicht Tausende Werktätige.

Und was den Schutz vor Provokateuren angeht: Die meisten der von den sozialfaschistischen Schergen an der Grenze ermordeten Menschen waren keine Provokateure oder Agenten des westdeutschen Imperialismus. Benito Corghi war Lastwagenfahrer und sogar Mitglied der italienischen revisionistischen Partei „K"PI. Willy Bubbers, der in der Nähe von Lüneburg angeschossen und schwer verletzt wurde, war ein Urlauber, der sich auf das Gebiet der DDR verirrt hatte. Die Reihe ließe sich fortsetzen. Die modernen Revisionisten, die in der DDR an der Macht sind, sind Sozialfaschisten: Sozialisten in Worten, aber Faschisten in ihren Taten. Und von gleichem Schlag sind auch ihre Gesinnungsbrüder hier bei uns in der Bundesrepublik, die revisionistische D„K"P. Wir haben oft genug erlebt, wie sie mit sozialfaschistischem Terror gegen Genossen unserer Partei und anderer revolutionärer Organisationen vorgegangen sind. Den Mord an Benito Corghi nennen sie in der „UZ" einen „Zwischenfall", den sie „bedauern". So können nur Feinde der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes reden.

Die Morde der Sozialfaschisten und besonders den Mord an Benito Corghi nutzen jetzt die westdeutschen Imperialisten und allen voran Springers reaktionäre Zeitungen zu einer wilden revanchistischen Hetze. Nach wie vor träumen die westdeutschen Imperialisten von einem wiedervereinigten Deutschland, in dem sie die Macht innehaben und die Werktätigen in Ost und West ausplündern können. Indem sie die sozialfaschistische Diktatur in der DDR als „Sozialismus" und die SED als „kommunistisch" hinstellen, wollen sie zugleich die berechtigte Empörung vieler Werktätiger in beiden Teilen unseres Landes über die Verhältnisse in der DDR zu antikommunistischer Hetze ausnutzen. Das deutsche Volk, die Werktätigen in beiden Teilen unseres Landes wünschen aber keine Wiedervereinigung unter der Herrschaft des Imperialismus, weder des westlichen noch des östlichen.

Deshalb kämpft unsere Partei in beiden Teilen Deutschlands für den Sturz der kapitalistischen Ausbeuterklassen und ihrer imperialistischen Oberherren bzw. Verbündeten in Ost und West durch die sozialistische Revolution, um ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland zu errichten.

Kampf gegen faschistische Provokation

Die Faschisten suchten das Weite !

Für Samstag, den 7. August, hatten die Faschisten der NPD in Hamburg zu einer internationalen Großkundgebung aufgerufen. Ihre Parole war: „Vereint gegen den Kommunismus!" Eingeladen hatte die NPD ihre faschistischen Brüder aus England und Frankreich. Sie hatten zwölf Informationsstände an Bahnhöfen und in der Innenstadt angekündigt, und wollten zwei Kundgebungen an den Landungsbrücken und in der Innenstadt abhalten. Um der faschistischen Provokation entgegenzutreten, organisierten die Genossen unserer Partei eine revolutionäre Aktionseinheit mit der GRF, der Liga gegen den Imperialismus, der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS und der Roten Hilfe. Der KBW lehnte es bedauerlicherweise ab, sich daran zu beteiligen. Obwohl die Polizei mit brutalem Terror gegen die Revolutionäre versuchte, die Faschisten zu beschützen, gelang es den Genossen durch ihren mutigen Kampf, die Faschistenkundgebung in der Innenstadt zu verhindern. Erschreckt suchten die Faschisten das Weite, von ihrem Stand blieben nur Trümmer und ein Häufchen Asche ...

In der Woche vor dem Samstag hat die Partei überall an den Großbetrieben ein Flugblatt verteilt, in dem dazu aufgerufen wurde, der faschistischen Provokation entgegenzutreten. Die Hamburger Arbeiter waren über die geplante faschistische Kundgebung empört und der Aufruf wurde sehr positiv aufgenommen. Vielen war unklar, warum der SPD-Senat den Faschisten diesen unverschämten Auftritt erlaubt. Das hat uns gezeigt, wie wichtig es war, die Provokation der offenen Faschisten in Zusammenhang zu bringen mit der vom bürgerlichen Staat betriebenen Faschisierung und zu zeigen, daß es der bürgerliche Staat selbst ist, der für die Bourgeosie die Errichtung einer faschistischen Diktatur vorbereitet. Genau an dieser Frage schieden sich die Geister, Revolution und Konterrevolution.

So ließ der SPD-Senat folgenden Kommentar in die SPD-Zeitung „Morgenpost" einrücken: „Die NPD hat in Hamburg schon halb ihr Ziel erreicht. Alles redet über sie. Zudem hat sie den Innensenator in eine teuflische Lage gebracht. Als Senator muß er dafür sorgen, daß die NPD als nichtverbotene Partei ihren Rummel der Ewiggestrigen ungestört abziehen kann. Als Demokrat und Gewerkschaftler schlägt sein Herz für jene, die zum Protest aufrufen. Die Polizei jedenfalls wird es auch am Samstag nicht leicht haben. Daran sollten alle denken." **Das war die offene Ankündigung des SPD-Senats die faschistische Provokation mit allen Mitteln, unter Einsatz der Polizei, zu schützen.** Der DGB-Apparat beeilte sich, „nachdrücklichen Protest einzulegen".

Die modernen Revisionisten der D„K"P benutzten diesen Anlaß, um sich selbst und den DGB als antifaschistische Kräfte herauszuputzen. Als Reaktion auf die revolutionäre Propaganda, die sich mit der Empörung der Massen verband, riefen sie schließlich selbst zu einer Kundgebung vor dem Gewerkschaftshaus auf, allerdings weit ab vom Schuß. In ihrem Aufruf dazu versuchten sie, den Kollegen einzureden, daß Faschismus und bürgerlicher Staat zwei ganz verschiedene Dinge seien und riefen dazu auf, den bürgerlichen Staat gegen den Faschismus zu verteidigen. Sie schrieben: „Es widerspricht allen Beteuerungen des Senats und der Bundesregierung, den Terror in unserem Lande zu bekämpfen, wenn sie dulden, daß solche Kräfte in aller Öffentlichkeit ihre Bombenideologie verherrlichen können." Damit stellten sie nicht nur die revolutionäre und konterrevolutionäre Gewalt auf eine Stufe, sondern versuchten auch die Illusion zu erwecken, als ob es dem bürgerlichen Staat jemals „ernst" sein könnte mit der Bekämpfung faschistischen Terrors. Derselbe Staat, der die Faschisierung vorantreibt und gerade erst ein Gesetz verabschieden lassen will, nach dem die Polizei auf streikende Arbeiter schiessen kann? So war es klar, daß an der Spitze des Kampfes gegen die faschistische Provokation die von der Partei organisierte revolutionäre Aktionseinheit stand. Schon um zehn Uhr versammelten sich in der Hamburger Innenstadt in unmittelbarer Nähe des Kundgebungsplatzes der Faschisten 300 revolutionär gesinnte Menschen. Sie riefen Parolen wie: „Antifaschisten, die Fäuste geballt, gegen Faschismus hilft nur Gewalt!" und „Nieder mit der braunen Pest, Tod dem Faschismus!". Die Genossen der Partei hielten eine kurze Ansprache an die Bevölkerung, einige Parteifahnen wurden mitgeführt und ein großes Transparent mit der Aufschrift: „Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!" Ein Demonstrationszug formierte sich. Er ging durch die Einkaufsstraßen, am Stand der Faschisten vorbei, der dabei beschädigt wurde.

Immer wieder griff die bereitgestellte Polizei die Demonstranten an. Wo es ihnen gelang, holten sie sich einzelne heraus. Sie verfolgten die Demonstranten sogar bis in die Geschäfte und gingen, wie man im Fernsehen verfolgen konnte, dabei äußerst brutal vor. **Die Passanten reagierten darauf mit Empörung. Manche reihten sich ein, andere protestierten laut. So riefen z. B. zehn Jugendliche, die an der Demonstration standen, spontan: „Die Bullen schützen die Faschisten, helft den Kommunisten!',** Die Reaktion der Polizei darauf war: „Zuerst machen wir die fertig, dann die anderen." Ein anderer Polizist versuchte, empörten Passanten gegenüber, die Überfälle auf die Demonstranten dadurch zu rechtfertigen, daß er sagte: „Die roten Schweine sind doch viel schlimmer als die Nazis." Eine Frau, die bei dem Gefangenentransport stand, dachte zuerst erfreut, die Polizei hätte die Faschisten verhaftet. Als sie von einem Passanten über den wahren Sachverhalt aufgeklärt wurde, fiel sie aus allen Wolken.

Um elf Uhr löste sich der Demonstra-

Fortsetzung auf S. 6, Sp. 4

Kurz berichtet

HANNOVER

In Hannover leistete sich die EAP, eine Bande von CIA-Agenten, die in verschiedenen Städten Westdeutschlands ihr konterrevolutionäres Unwesen treibt, eine erneute Provokation: In der Nacht zum Montag, dem 26. Juli, beschmierten sie Schaufensterscheibe und Hauswand des Parteibüros der KPD/ML in Hannover mit der Parole „Wählt ,EAP". Die Genossen der Partei haben nach der Entfernung des Geschmieres mit den Bewohnern in der Nachbarschaft gesprochen und ihnen erklärt, was von dieser faschistischen Bande zu halten ist.

HERNE

Vor kurzem wurde in Herne die ROTE GARDE, die Jugendorganisation der KPD/ML gegründet. Diese Gründung ist ein wichtiger Erfolg im Kampf gegen den Opportunismus und für die Einheit der Marxisten-Leninisten. Seit Ende letzten Jahres sind in Herne 90% der Genossen, die zu einem Sympathisantenkreis der Jugendorganisation der Gruppe Rote Fahne gehörten, zur KPD/ML gekommen. Unter der Führung der Partei haben die Genossen, die sich als erste entschlossen, zur Partei zu kommen, beharrlich die Auseinandersetzung fortgeführt und so immer mehr Genossen überzeugt, daß es eine wahrhaft marxistisch-leninistische kommunistische Partei gibt, die KPD/ML. Dieser Kampf hat die Genossen zugleich zusammengeschlossen und gestärkt. Bereits während dieses Kampfes haben sie zugleich auch Agitation und Propaganda der Partei in Herne aufgenommen, den „Roten Morgen" verkauft, Hausbesuche gemacht und neue Sympathisanten gewonnen.

BUNDENBACH

Vom 18. bis 30. Juli führten RG-Genossen und Rote Pioniere aus verschiedenen Städten NRW's ein Jugendlager in Bundenbach durch. Genossen, die an dem Lager teilgenommen haben, schrieben uns darüber: „Begonnen wurde der Tag mit Frühsport und gemeinsamem Frühstück. Dann wurden Wanderungen in den umliegenden Wäldern des Hunsrück gemacht und die Gegend erkundet. Ein Geländespiel, bei dem die „Bauern" die Burg erobern sollten, wurde auf der Burgruine der Schneidburg gemacht. Mit viel Eifer wurde um einen ausgesetzten Preis, einen Band von Enver Hoxha, gekämpft. Tags zuvor wurde ein Referat über die Bauernkriege gehalten und über den „Räuberhauptmann" Schinderhannes berichtet. Bei der Besichtigung eines Kupferbergwerkes in Fischbach konnten die jungen Genossen erleben, unter welchen unmenschlichen Bedingungen die Bauern, die Leibeigenen und Tagelöhner früher arbeiten mußten. Über das heutige Leben der Bauern und der einheimischen Handwerker erfuhren die Genossen, als sie ins Dorf gingen, um mit der Bevölkerung am Ort Kontakt aufzunehmen. Die Leute waren sehr aufgeschlossen und erzählten gern über ihre Lage. Immer mehr ehemalige Bauern haben ihr Land verpachtet und sind heute Dachdecker oder Maurer. Andere Berufe haben dort gar keine Aussichten mehr. Die Jugendlichen müssen fast alle in die größeren Städte, z.B. nach Mainz gehen. Viele Menschen dort wußten auch aus überlieferten Geschichten vom Schinderhannes zu berichten. Allerdings waren sie alle begeistert von ihm — im Gegensatz zur bürgerlichen Geschichtsschreiberei.

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei.

Offen gesagt ...

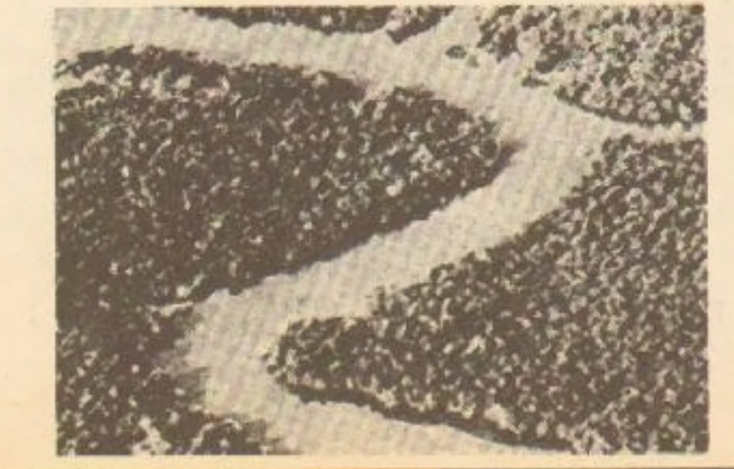
Verbrecherisch !

Trotz der Geheimhaltungspraktiken der italienischen Behörden und der verharmlosenden Behauptungen des Chemiekonzerns Hoffmann-La Roche wird das schreckliche Ausmaß der Giftgaskatastrophe von Seveso immer deutlicher. Der Münchener Giftgasexperte Klaus Schuster, Angehöriger des Ärzteteams für die Opfer des Gases hat klipp und klar erklärt, daß die von der Giftgaswolke betroffenen 70 000 Menschen alle erkranken und sogar sterben können. Die „größte Giftgaskatastrophe aller Zeiten" hat ein anderer Angehöriger des Ärzteteams die Verseuchung von Seveso und Umgebung genannt. Wie erneut selbst die italienische Regierung die Lage einschätzt, beweist die Tatsache, daß sie den vietnamesischen Experten Ton That Tung gebeten hat nach Italien zu kommen, der während des Aggressionskrieges der amerikanischen Imperialisten gegen das vietnamesische Volk zum Spezialisten für die Bekämpfung der Folgen der von den US-Imperialisten über Vietnam versprühten Gifte wurde.

Die Katastrophe von Seveso hat mit einem Schlag die verbrecherischen Kriegsvorbereitungen der Imperialisten enthüllt. „In Seveso wurden Pflanzenschutzmittel und Kosmetika produziert", behaupten die Kapitalisten. Das ist eine infame Lüge. In Seveso wurde für den imperialistischen Krieg, für den Völkermord produziert. So enthüllte bereits eine italienische Zeitung, daß von Seveso aus regelmäßig Giftgas an die Nato geliefert wurde. Dennoch zeigt Seveso nur die Spitze eines Eisberges. In den Labors und Produktionsstätten der großen imperialistischen Chemiekonzerne des Westens, vor allem der USA, arbeiten gewissenlose Wissenschaftler ebenso an der Entwicklung immer neuer schrecklicher Waffen wie in den Chemietrusts des russischen Sozialimperialismus.

Auch die Chemiekonzerne der Bundesrepublik produzieren Giftgas für den Völkermord. Wie in Seveso wird bei Bayer-Leverkusen und bei Merck in Hamburg TCDD hergestellt. Napalm von BASF ist in der ganzen Welt berüchtigt. Für alle diese Konzerne ist die Giftgasproduktion nichts Neues. Sie lieferten schließlich schon einmal Cyclon-B für die Gaskammern der KZs des Hitlerfaschismus. Wie wir wissen, werden die amerikanischen und westdeutschen Imperialisten im Fall eines imperialistischen Krieges die Taktik der „verbrannten Erde", des Völkermordes anwenden. Sie werden große Teile nicht nur durch Atombomben, sondern auch durch das Versprühen von Giftgas verwüsten. Die beiden Bilder aus Vietnam zeigen eine Landschaft vor und nach dem Versprühen von TCDD.

So wirkt dieses Giftgas auf die Vegetation. Man kann sich vorstellen, wie es auf den Menschen wirkt. Aber das vietnamesische Volk hat auch gezeigt: Die Imperialisten scheinen stark zu sein und ihre Waffen sind schrecklich. Letzten Endes aber sind die Völker, die sich zum revolutionären Kampf gegen den Imperialismus erheben, stärker. Sollten die beiden imperialistischen Supermächte und ihre Verbündeten und Lakaien die Welt in einen neuen verbrecherischen imperialistischen Kriege stürzen, schaufeln sie damit ihr eigenes Grab. Die Revolution wird einen solchen Krieg beenden.







HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

MAN-Hamburg:
300 Kollegen werden auf die Strasse gesetzt

Der MAN-Vorstand in Augsburg hat beschlossen, die Abteilung Kesselschmiede des Hamburger Werkes am Hachmannkai stillzulegen: 300 Kollegen müssen bis Mitte nächsten Jahres mit der Kündigung rechnen. Die Möglichkeiten, in anderen Metallbetrieben unterzukommen, sind praktisch aussichtslos. Begonnen hatte es im Metallbereich mit der Stillegung von HDW-Finkenwerder, es folgte Reynolds-Aluminium. Heidenreich & Harbeck will ebenfalls stillegen und nun auch MAN-Hamburg: Über 23 000 Arbeitsplätze sind in den letzten fünf Jahren im Hamburger Metallbereich stillgelegt worden bzw. von Stillegung bedroht.

Für die Kapitalisten der Gutehoffnungshütte und der Allianz-Monopolgruppe, die hinter den drei Buchstaben MAN stecken, ist das eine einfache Rechnung: Der Schiffbau wirft nicht mehr genug Profit ab. Folglich wird das Werk dicht gemacht, das Kapital woanders profitbringender angelegt. Da müssen die 300 Arbeiter schon selbst sehen, wie sie fertig werden.

Die Kollegen sind empört und verbittert. Viele der betroffenen Abteilung haben bereits 15 bis 18 Jahre für MAN geschuftet. Mit der Drohung, daß „die Lage schlecht" sei, wurde in letzter Zeit immer schärfer rationalisiert, die Arbeitshetze verschärft. Ein Schweißer meint: „Zum Aufräumen bei zwei Sturmfluten waren wir gut genug – aber jetzt?" Besonders die 300 Kollegen, die jeden Morgen mit Bussen ganz aus der Lüneburger Heide kommen, von denen 150 in der betroffenen Kessel-Abteilung arbeiten, sind empört: Für sie bedeutet die Entlassung daß sie die nächste Zeit keine Arbeit mehr bekommen.

Daß diese Entlassungen schon lange vorbereitet waren, wird von der Geschäftsleitung strikt geleugnet: Es sei vielmehr eine „überraschende Entscheidung des Vorstandes" gewesen. Die Kollegen können darüber nur bitter lachen: Gerüchte über geplante Stillegung und Entlassungen kursierten schon seit langem im Betrieb. Der MAN-Geschäftsführer hatte bereits am 2. Mai auf der Hannovermesse in einem Interview mit dem NDR angekündigt, daß Rationalisierungsmaßnahmen geplant seien. Doch das Interview wurde vorsichtshalber erst vor einigen Tagen gesendet.

Der Gewerkschaftsapparat und Betriebsrat Janssen hatten sogleich eine Erklärung für die Stillegung parat: „Versagen des Managements". Doch solche Lügen sind im Hamburger Metallbereich bereits bekannt. Bei Heidenreich & Harbeck hatte es geheißen: „Unfähigkeit der Unternehmer". Tatsache aber ist, daß von den Interessen des Kapitals her diese Entlassungen durchaus keine „Unfähigkeit" oder „Versagen" sind, sondern voll und ganz der Logik des Kapitals entsprechen: Kapital wird dort angelegt, wo es Profit bringt. Und uns brauchen sie nur solange, wie wir ihnen den Profit schaffen. Genau das aber suchen die Bonzen des reaktionären Gewerkschaftsapparates zu vertuschen.

Trotz dieser Abwiegelungsversuche des IGM-Apparates, ist die Kampfbereitschaft der Kollegen von MAN gewachsen. Das zeigten Transparente wie „Wir wollen Arbeitsplätze! Der Sozialplan ist keine Lösung!", die auf einer Versammlung der MAN-Kollegen getragen wurden. Am Mittwoch morgen führten 150 Kollegen eine Demonstration durch die Hamburger Innenstadt durch, mit der sie gegen die Stillegung protestierten. Die Partei hat gleich nach der Bekanntgabe der Stillegungspläne von MAN eingegriffen. Großes Interesse fand das Flugblatt der KPD/ML gegen die Entlassungen. Es wurde an einer schmalen Brücke, die zum Betrieb führt verteilt. 90% aller Autofahrer haben angehalten, um eine Flugblatt zu bekommen. Fast alle Busse, die die Kollegen zur Arbeit fuhren, hielten an und ließen die Genossen einen Packen Flugblätter reinreichen, die dann von Kollegen verteilt wurden. Am nächsten Morgen fuhren die Genossen mit der Fähre, die von den Landungbrücken zu MAN fährt, mit, um mit den Kollegen über den Kampf diskutieren zu können. Mit besonderem Interesse wurden von den Kollegen die Erfahrungen aufgenommen, die die Partei an der Seite der Kollegen bei Heidenreich & Harbeck im Kampf gegen die Stillegungspläne gesammelt hat.

Arbeitslosigkeit auf fast 1 Mio. gestiegen

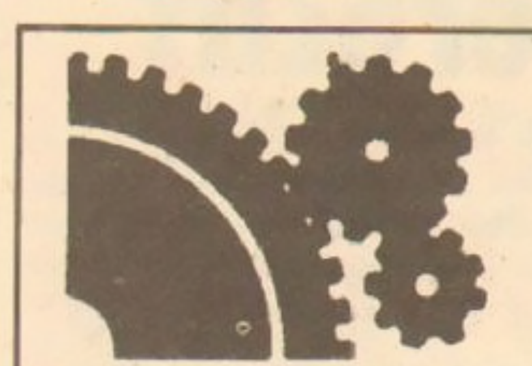
Entgegen dem lauten Wahlkampfgeschrei der Regierung und der bürgerlichen Parteien von der „Bewältigung der Arbeitslosigkeit", vom „wirtschaftlichen Aufschwung" usw. hat im Juli die Arbeitslosigkeit erneut zugenommen. Nach der Statistik der Arbeitsämter sind 944 600 Werktätige ohne Arbeit. Besonders schwer betroffen sind Jugendliche: um 12,6% hat die Zahl der arbeitslosen Jugendliche sich gegenüber Juni erhöht.

Noch vor zwei bis drei Wochen las sich das in der bürgerlichen Presse vollkommen anders: Da hieß es „Arbeitslosigkeit eingedämmt", „Aufschwung bei Neueinstellungen" usw. In einem Interview sprach Bundesarbeitsminister Arendt gar nur noch von einer „Restarbeitslosigkeit", die man „wirksam bekämpfen" würde. Der Zweck all solcher Prophetien liegt auf der Hand: Hoffnungen und Illusionen sollen unter den Werktätigen geschürt werden. Es soll der Eindruck erweckt werden, die Krise sei nur etwas Vorübergehendes gewesen und es würde nicht nur der Profit der Kapitalisten, sondern auch die Lage der Werktätigen einen Aufschwung nehmen. Doch die Tatsachen sind hartnäckig. Und da sich der gegenwärtige Anstieg der Arbeitslosigkeit nicht vollständig leugnen läßt, ist sogleich eine Erklärung zur Hand. Man erfährt aus den Zeitungen: die Zunahme der Arbeitslosigkeit sei ganz natürlich, sie sei „saisonbedingt". Eine wirklich erstaunliche Lüge. Denn bereits im Winter und im Frühjahr hieß es „saisonbedingt". Und vor zwei Wochen noch war es der angebliche „Aufschwung" bei der Beschäftigtenquote, der „saisonbedingt" war.

Der wirkliche Grund für die hohe Arbeitslosigkeit ist keine Frage der „Saison", sondern eine Frage der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Der vielgepriesene „Aufschwung der Wirtschaft" ist in Wahrheit ein Aufschwung der Profite der Kapitalisten – auf Kosten der Werktätigen; denn die Lage der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen ist absolut verschlechtert worden. So ist es entgegen der Lüge von der „Restarbeitslosigkeit" vielmehr eine Tatsache, daß selbst die Zahl von rund 950 000 Arbeitslosen noch weit untertrieben ist. Es werden zum Beispiel all die Frauen nicht dazugezählt, die entlassen worden und jetzt Hausfrauen sind, aber dennoch Arbeit suchen. Ebenfalls nicht dazugezählt werden die 600 000 ausländischen Arbeiter, die, nachdem sie jahrelang von den westdeutschen Monopolen ausgebeutet worden sind, entlassen und aus dem Lande gejagt wurden und jetzt in ihren Heimatländern ohne Arbeit sind. Nicht mitgezählt werden die 400 000 Werktätigen, die bereits ab einem Alter von 57 Jahren gezwungen wurden, Rentner zu werden, da sie keine Arbeit erhielten. Nicht dazu gezählt werden all diejenigen Arbeitslosen, die vorübergehend zur Umschulung geschickt werden, von denen jedoch auch nach der Umschulung 30% keine Arbeit erhalten. Ihre Zahl betrug im März 175 000. So sind es in Wahrheit über eine Million Arbeiter, die von den Kapitalisten rausgeworfen wurden, aber zu den rund 950 000 „offiziellen" Arbeitslosen überhaupt nicht dazugezählt werden.

Wollte man der Bourgeoisie Glauben schenken, so wird im Herbst bereits alles anders, alles besser werden. Doch daß auch dies nur eine Lüge ist, die zur Beruhigung der Werktätigen dienen soll, zeigt sich offen darin, daß innerhalb der Bourgeoisie eine ganz andere Sprache gesprochen wird. So hat das Wirtschaftsforschungsinstitut Prognos in einer Untersuchung für die Bourgeoisie festgestellt, daß bis 1985 allein der „Sockel" an Arbeitslosen, das heißt das Minimum an den offiziell geführten Arbeitslosen zwischen 700 000 und 920 000 liegen wird. Darüber hinaus wird ein Ansteigen der Dauerarbeitslosigkeit, d.h. daß die Dauer der Arbeitslosigkeit für die betroffenen Kollegen immer länger wird, erwartet. Eine Untersuchung bei 8 000 Arbeitslosen aus dem Jahr 1974 zeigte, daß ein Jahr später 34% von ihnen ebenfalls arbeitslos gemeldet waren und 29% endgültig „aus dem Arbeitsprozeß ausgegliedert" waren (indem sie gezwungen wurden, Rentner zu werden) oder vorläufig (z.B. als Hausfrauen oder Umschüler). Das heißt, daß zusammengenommen von diesen 8 000 Kollegen ein Jahr später 63% noch keine Arbeit wieder hatten. Und diese Zahl ist inzwischen weiter angestiegen.

Die Versprechungen der Bourgeoisie sind groß. Sie verbreitet die Illusion, daß ihre Regierung den Werktätigen aus der schwierigen Lage heraushelfen würde und daß diese Lage nur vorübergehend bestehe. Doch die Erfahrungen der Arbeiterklasse zeigen, daß noch bisher jede Wirtschaftskrise die Lage der Arbeiterklasse absolut verschlechtert hat und daß jedem sogenannten „Aufschwung" der Bourgeoisie eine neue, noch tiefere und erschütternde Krise gefolgt ist. Die Aufgabe der Arbeiterklasse und aller Werktätigen ist es daher, entgegen der Illusionsmacherei der Bourgeoisie, den Klassenkampf zu verstärken, um der Monopolbourgeoisie und ihrem Staatsapparat immer mächtigere Schläge zu versetzen, bis zur endgültigen Zerschlagung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

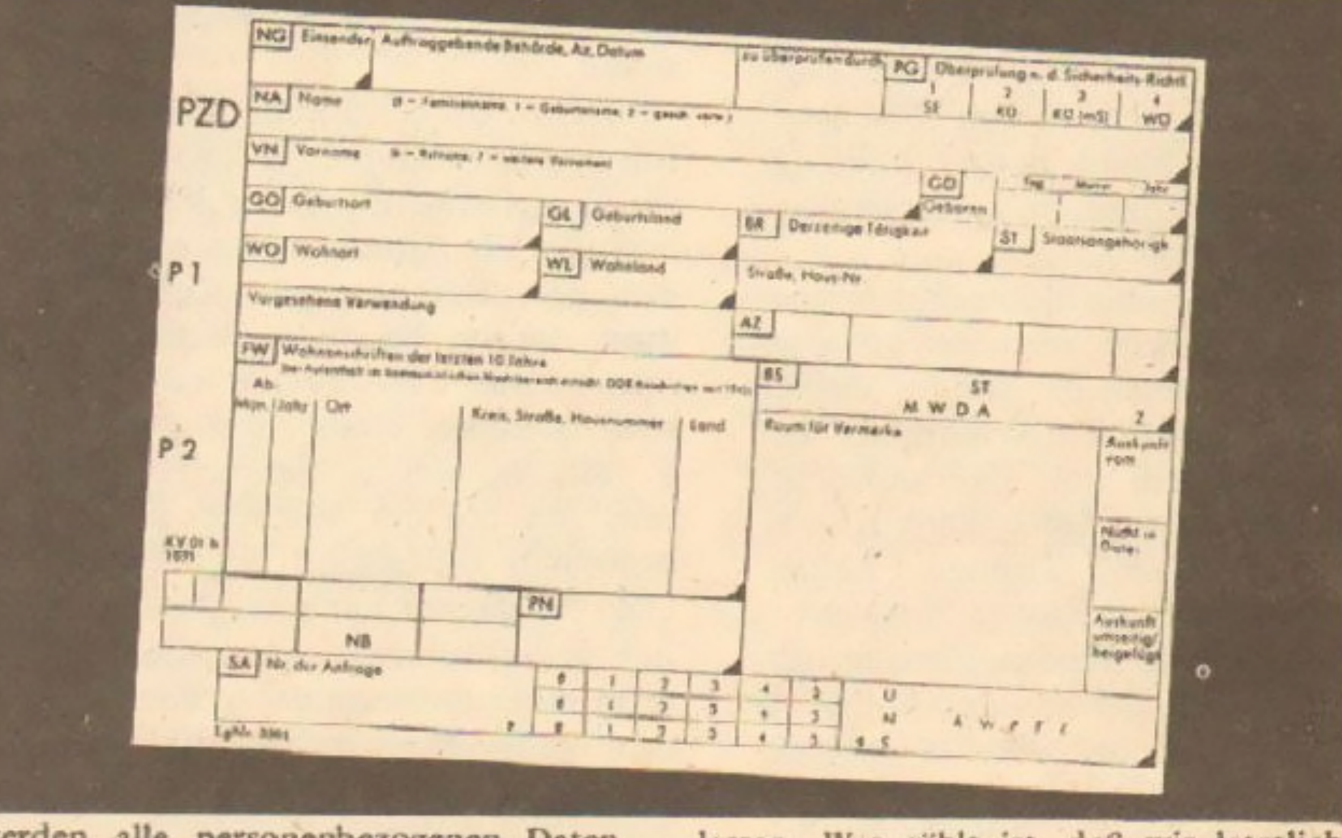
MAN und Verfassungsschutz Hand in Hand

Liebe Genossen!

Hier ein Beweis, daß die Monopole, um ihre Fabriken von revolutionären Arbeitern „sauber" zu halten, direkt mit den staatlichen Unterdrückungsorganen und speziell mit dem Spitzeldienst vom Verfassungsschutz zusammenarbeiten.

Das Formblatt, das ich beigelegt habe, wird im Hamburger Werk der MAN bei Neueinstellungen ausgefüllt. Im Original hat es das Format DIN A 5. In ihm sprünglich aus dem Gebrauch des Staatsapparates stammt und von den Kapitalisten selbst nur durch Ablichten übernommen wurde. Dies Formblatt ist übrigens auch maschinell lesbar, so daß alle Daten ohne Probleme gespeichert werden können.

Deutlich zeigt dies, daß die Bourgeoisie die politische Unterdrückung im Betrieb ausweitet und verschärft. Aber wir sollten uns dadurch nicht einschüchtern



werden alle personenbezogenen Daten ausgefüllt, einschließlich des Berufs und der Personalnummer. Die Felder BS und ST werden vom Verfassungsschutz ausgefüllt. Haben sie nichts vorliegen, kreuzen sie „Nicht in Datei" an. Ansonsten wird detailliert Auskunft gegeben.

Das Datenfeld „Auftraggebende Behörde" zeigt, daß dies Formular ur- lassen. Was zählt ist, daß wir letztlich überall sind, denn wir vertreten die Interessen der Volksmassen. Bekämpfen wir die Bespitzelung, indem wir sie öffentlich bekannt machen und immer mehr Menschen für den Kampf gegen die Faschisierung und zum Sturz des Imperialismus gewinnen.

Ein Kollege aus Hamburg

Kinderarbeit

Liebe Genossen,

Angeblich ist in unserem „Sozialstaat" die Kinderarbeit verboten – von Ausnahmen abgesehen. Von zwei Kindern, die 10 und 11 Jahre alt sind, hörte ich, daß sie mehrmals in der Woche frühmorgens bei einem Bäcker helfen. Sie müssen sehr früh aufstehen, so daß sie noch zum Brötchenbacken pünktlich sind. Danach fahren sie noch mit, um die Brötchen abzuliefern. Aber dann fängt ihr Tag ja eigentlich erst an. Sie müssen zur Schule. Und da sie eine Ganztagsschule besuchen, müssen sie oft 8 Stunden Unterricht aushalten. Es ist klar, daß sie öfter in der Schule fast einschlafen und gar nichts mehr mitbekommen. Die Kinder bekommen keinen richtigen Lohn, weil sie ja schwarz arbeiten müssen. Sie bekommen ein kleines Taschengeld und am Wochenende Kuchen für die Familie.

Die beiden Jungen wissen, daß ihre Arbeit eigentlich verboten ist. Sie brauchen aber jeden Pfennig, da ihnen ihre Eltern kein Taschengeld geben können. Außerdem sagen sie, daß sie die Arbeit gern machen. Das kann man sich auch gut vorstellen. Ist das doch eine sinnvolle, produktive Tätigkeit.

Nur wird im Kapitalismus das Bedürfnis nach sinnvoller, gesellschaftlicher Arbeit schamlos ausgenutzt. Im Sozialismus, wie z.B. in Albanien, nehmen die Kinder selbstverständlich an der produktiven Arbeit teil. Aber ihre Aufgaben stehen im richtigen Verhältnis zu ihrem Leistungsvermögen. Die produktive Arbeit wird nicht zusätzlich zur Schule gemacht, sondern ist Bestandteil der allseitigen Ausbildung. Und das Wichtigste, im Sozialismus kann niemand die Menschen ausbeuten. Die Kinder arbeiten nicht, weil sie billige Arbeitskräfte sind, sondern schaffen nach ihren Kräften den gesellschaftlichen Reichtum, der der Arbeiterklasse, den Bauern und allen Werktätigen und ihnen selbst zugute kommt.

Eine Genossin aus Bremen

Rheinbraun AG: Ältere Kollegen werden in Rente geschickt

Liebe Genossen!

Im Kölner Stadt- Anzeiger vom 16. 7. 76 stand ein Bericht mit der Überschrift: „Rheinbraun investiert 1976 rund 700 Millionen, Belegschaft wächst". In diesem Bericht steht, daß die Rheinische Braunkohlenwerke AG in Köln die Rohkohleförderung um 8,4% gesteigert hat und zur Jahreswende die Zahl der Mitarbeiter auf 14 986 gestiegen ist, 191 mehr als im Vorjahr.

Durch den steigenden Absatz, besonders bei Kraftwerkskohle wird mit weiterem Wachsen der Belegschaft gerechnet. Gleichzeitig läuft bei Rheinbraun eine Aktion, um ältere Kollegen aus dem Betrieb zu bekommen.

Die Rheinbraun bietet den 59, 60, 61 und 62 Jahre alten Kollegen an, sich kündigen zu lassen. Sie sollen dann zum Arbeitsamt gehen und Arbeitslosengeld beantragen. Die Firma zahlt den Ausgleich vom Arbeitslosengeld zu 80% des Bruttolohnes, wahrscheinlich, denn es gibt keine schriftliche Regelung darüber. Nach einem Jahr Arbeitslosigkeit zahlt dann die Knappschaft die Rente und die Firma ist die älteren Kollegen los. Bei Rheinbraun wird diese Aktion nicht deshalb durchgeführt, um den Kollegen etwas gutes zu tun, sondern um Profit zu machen. Die älteren Kollegen sind, wenn sie 20, 30 Jahre der Arbeitshetze unterworfen waren, nicht mehr in der Lage so zu arbeiten wie ein 20jähriger, das ist klar. Sie haben gleichzeitig einen sogenannten „Lohnschutz", d.h. sie können nicht in niedrigere Gehaltsstufen zurückversetzt werden.

Das Arbeitsamt macht das alles mit. Sollte jemand von diesen Kollegen doch vermittelt werden, so sollen sie zum Personalchef von Rheinbraun kommen. Der geht mit ihnen dann zum Arbeitsamt und wird das dann schon „regeln". Man sieht, im Kapitalismus läßt sich alles „regeln", wenn es dem Profit der Kapitalisten nützt.

Rot Front,
Ein Sympathisant aus Köln

Gerechter Kampf für ein neues Seerecht

Am 2. August begann in New York die 5. Sitzung der 3. UN-Konferenz über ein neues Seerecht. Über 150 Länder sind bei der Sitzung vertreten, die geprägt ist durch den gerechten Kampf einer großen Anzahl von Entwicklungsländern gegen das bisherige Seerecht, das Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus begünstigte. Bereits auf den vorhergehenden Sitzungen der Seerechtskonferenz war es zu scharfen Auseinandersetzungen vor allem mit den Vertretern der beiden imperialistischen Supermächte, den USA und der Sowjetunion, gekommen, die ihre Rolle als „Herrscher der Meere" mit Zähnen und Klauen zu verteidigen suchen.

Mit verlogenen Phrasen wie „die Freiheit der Meere" zu verteidigen und „die Freiheit der Schiffahrt" zu garantieren, treten sowohl die russischen Sozialimperialisten, wie auch die US-Imperialisten gegen den gerechten Kampf der kleineren Länder und vor allem der Entwicklungsländer auf. Doch was sie mit ihrer „Freiheit der Meere" beanspruchen, ist nichts anderes als die „Freiheit", ihre Kriegsflotten auf allen Weltmeeren ungehindert kreuzen zu lassen und alle Welt zu bedrohen, die Territorialgewässer anderer Länder zu verletzen, deren Fischvorkommen zu plündern und ihnen die Rohstoffvorkommen in diesen Gewässern zu stehlen.

Auch die westdeutschen Imperialisten gehören zu diesen internationalen Piraten, die andere Völker und Länder ihrer Reichtümer bestehlen. Allein von der westdeutschen Frischfischflotte wurden 80% der etwa 93 000 Tonnen Fischanlandung vor den Küsten Norwegens und Islands zusammengeraubt. Auch die 30 Schiffe der Vollfrostflotte haben nur 20% des angelandeten Fanggewichts von 190 000 Tonnen im letzten Jahr in EG-Gewässern gefischt. Und das westdeutsche Forschungsschiff „Valdivia" ist bereits im Pazifik, um zu erforschen, wie die ungeheuren Erzvorkommen auf dem Meeresgrund, die ein Vielfaches der gesamten Landvorkommen betragen sollen, geplündert werden können. All dies geschieht unter Berufung auf das bisherige Seerecht – auf Kosten vor allem der Entwicklungsländer.

Gegen diese Ausplünderung durch die Imperialisten und vor allem gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte auf den Weltmeeren führen die Entwicklungsländer einen scharfen Kampf. Sie fordern ein neues gerechtes Seerecht, das sich gegen diese Ausplünderung richtet. Entschlossen, ihre Souveränität und Rechtsprechung innerhalb der 200 Meilen-Wirtschaftszone zu verteidigen, haben viele dieser Länder betont, daß keine ausländischen Aktivitäten innerhalb der Wirtschaftszone sich gegen die Unabhängigkeit und Sicherheit der Küstenländer richten dürfen, und daß keine fremden militärischen Aktivitäten und Einrichtungen innerhalb der Wirtschaftszone eines Küstenlandes oder auf seinem Festlandsockel ohne Zustimmung des betreffenden Landes erlaubt sein sollen.

Breite Unterstützung haben die Entwicklungsländer in diesem gerechten Kampf durch die VR China und die VR Albanien, die entschieden den Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus auf den Meeren vorantreiben. In seiner Rede zu Beginn der 5. Sitzung der 3. Seerechtskonferenz betonte der Vertreter der chinesischen Delegation noch einmal: „Die Konferenz kann nur dann wirklich vorankommen, wenn die Punkte in einer Weise gelöst worden sind die grundsätzlich übereinstimmt mit den Interessen der zahlreichen Entwicklungsländer."

Supermächte raus aus dem Mittelmeer !

Das Mittelmeer ist von großer strategischer Bedeutung im Ringen der beiden Supermächte um die Vorherrschaft in Europa. Rücksichtslos die Souveränität der Mittelmeerländer verletzend, haben die US-Imperialisten hier Teile ihrer Flotte stationiert und werden bei ihren Kriegsvorbereitungen unterstützt von den NATO-Ländern in Westeuropa.

Seit Jahren schon dringen auch die Sozialimperialisten zunehmend in das Mittelmeer ein und suchen sich eine Zufahrt vom Schwarzen Meer aus zu verschaffen – wie einst die russischen Zaren. Begleitet von vier weiteren SU-Schiffen, durchfuhr erst kürzlich das russische Kriegsschiff „Kiev", vom Schwarzen Meer aus kommend, das gesamte Mittelmeer und kreuzte dann tagelang im Atlantik.

Angesichts dieser wachsenden Rivalität der Supermächte im Mittelmeerraum hat die türkische Arbeiter- und Bauernpartei eine Erklärung veröffentlicht, in der es u.a. heißt:

„Keine der beiden Supermächte besitzen Küsten am Mittelmeer, und doch lassen beide ihre Flotten hier patroullieren. (...) Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist die Verteidigung der türkischen Souveränität über die Meerengen und ihre Schließung für Kriegsschiffe nicht nur das dringende Interesse der Völker der Türkei und des ganzen Mittelmeerraumes, sondern das der Völker der ganzen Welt.

1922 hat Lenin gesagt: ‚In unserem Programm haben wir festgelegt, daß die Meerengen in Friedens- und Kriegszeiten für Kriegsschiffe geschlossen sein sollen.' Wir rufen alle sowjetischen Völker, die durch die sozialfaschistische Diktatur der Breschnew-Clique unterdrückt werden, und die in einen zerstörerischen Krieg getrieben werden, auf, dieses Programm Lenins zu verteidigen und entschlossen die Souveränität der Türkei über die Meerengen zu unterstützen. (...) Die Meerengen gehören der Türkei und müssen für alle Kriegsschiffe geschlossen werden! Die beiden Supermächte müssen sich aus dem Mittelmeer zurückziehen! Das Mittelmeer gehört den Ländern und Völkern rund um das Mittelmeer! Schließen wir uns zusammen zur breitestmöglichen weltweiten Einheitsfront gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte und ihre Kriegstreiberei!"

Siegreicher Kampf gegen Erdbebenfolgen

Fortsetzung von Seite 1

fe zu bringen und gleichzeitig die Produktionsanlagen zu überprüfen, entschlossen, der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao zu folgen und die Produktion so bald wie möglich wieder aufzunehmen. Die Bergleute in den Kohlebergwerken von Kailuan, die zur Zeit der Erdstöße arbeiteten, wurden zum allergrößten Teil gesund und sicher geborgen. Heute sind viele Einwohner bereits außer Gefahr. Die Arbeitermilizen von Tangshan haben ihre Patroullien wieder aufgenommen, um die Diktatur des Proletariats zu verteidigen."

Das ganze chinesische Volk, so berichtet Hsinhua, leitete spontan Hilfsmaßnahmen ein, um seine Klassenbrüder in den betroffenen Gebieten zu unterstützen: „Auf diese Weise drückten sie ihr tiefes proletarisches Mitgefühl gegenüber der Bevölkerung in den betroffenen Gebieten aus. Die Einwohner der Hauptstadt, die ebenfalls von dem mächtigen Erdbeben erschüttert worden war, kämpften sofort an ihrem Platz gegen die Auswirkungen des Bebens und schickten unverzüglich große Mengen Hilfsgüter in die betroffenen Gebiete, sowie Reparaturtrupps für elektronische Anlagen und mehr als zehn medizinische Hilfstrupps. Die Ärzte der Hauptstadt versorgten die Verletzten, die aus den betroffenen Gebieten kamen. Die Provinz Liaoning schickte medizinische Hilfstrupps und große Mengen an Material und organisierte Angestellte und Arbeiter der örtlichen Eisenbahnstellen zur Reparatur von Brükken und Eisenbahnen, die durch das Beben beschädigt waren. (...) Ununterbrochen werden zur Zeit Hilfsgüter und Hilfspersonal auf dem Luft- und Wasserweg und über die Straßen in die betroffenen Gebiete transportiert: Getreide, Lebensmittel, Medikamente, Zelte, Küchenbedarf, Stoffe, Bekleidung, Strohmatten, Asphalt, Holz und Zement. Aus allen Gegenden des Landes kamen Solidaritätstelegramme an die betroffene Bevölkerung ..." „Die Volksbefreiungsarmee war sofort mobilisiert worden, um der Bevölkerung, die Opfer des Erdbebens geworden war, zu helfen. Schon kurz nach den Erdstößen waren zahlreiche Einheiten durch den strömenden Regen in die betroffenen Gebiete geeilt. Trotz der Erschöpfung nach dem Gewaltmarsch und der Gefahr neuer Erdstöße propagierten die Führer und Kämpfer sofort nach ihrer Ankunft unter den Volksmassen die Fürsorge des Vorsitzenden Mao und des Zentralkomitees. Schulter an Schulter mit der Bevölkerung kämpften sie Tag und Nacht gegen die ernsten Folgen des Erdbebens. (...) Tausende von Medizinern, die in die betroffenen Gebiete von Tangshan gekommen waren, haben Hilfe geleistet und die Verwundeten und Kranken medizinisch versorgt. Die Eisenbahnen, die Straßen, die Versorgung mit Wasser und Strom und der Transport, die durch das Erdbeben unterbrochen waren, werden im Augenblick wiederhergestellt. Der Kampf gegen die Folgen des Erdbebens in den ländlichen Gebieten der Präfektur Tangshan geht unter Führung der Parteikomitees auf verschiedener Ebene erfolgreich voran."

Was unterscheidet diesen Bericht über den Kampf gegen die Erdbebenfolgen in der VR China so grundsätzlich von anderen Berichten über Erdbeben, beispielsweise in Italien oder Peru?

Da ist kein Wort des Jammerns. Kein Wort über Angst und Panik in der Bevölkerung. Keine Klage, daß die Medikamente nicht ausreichen, der Impfstoff ausgegangen ist, daß Seuchen drohen, daß die Menschen hungern oder dursten. Warum ist das so?

Erdbeben sind eine Naturkatastrophe, die die Menschen heute noch nicht verhindern können – auch in einem sozialistischen Land nicht. Aber die Menschen können sich weitgehend vor den verheerenden Auswirkungen eines Erdbebens schützen und die Opfer möglichst niedrig halten – vorausgesetzt, sie begegnen dieser Naturkatastrophe mit dem festen Willen, die Natur zu besiegen und das Wohlergehen der Menschen über alles andere zu setzen. Eben das ist in der Volksrepublik China geschehen – und eben das wird in einem kapitalistischen Land nie geschehen können.

Sicher, die Bourgeoisie hat kein Interesse daran, daß Erdbeben ganze Städte verwüsten, Fabriken zerstören und Menschen, die für sie in erster Linie Arbeitstiere sind, umkommen. Aber sie hat noch weniger Interesse daran, wenn eine solche Naturkatastrophe ausgebrochen ist, Millionen zu investieren, um bedrohte Menschenleben zu retten, um Verwundete zu pflegen, um Tausende zu ernähren und zu kleiden. Sie ergreift, da sie Erdbeben, Dürre, oder Hagelwetter grundsätzlich doch nicht verhindern kann, nicht einmal die notwendigsten Vorsorgemaßnahmen, weil sie angeblich zu „teuer" sind. Der Brand der Lüneburger Heide, der Bruch des Elbekanals, das Erdbeben von Sizilien – sie alle brachen vollkommen „unvorhergesehen" herein, obwohl es genügend Anzeichen gegeben hatte, die Bevölkerung zu warnen und rechtzeitig Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Ist die Katastrophe aber erst einmal da, so organisiert der bürgerliche Staat nur ein Minimum an Hilfe, an der meist Spekulanten und Schieber noch verdienen. Da heißt es dann, wie bei der Überschwemmungskatastrophe vor einigen Tagen in den USA, „die Zufahrtswege sind abgeschnitten" – obwohl es nur eine Geldfrage ist, sie instandzusetzen. Da heißt es: „Wegen Impfstoffmangels besteht Seuchengefahr" wie beim Erdbeben in Bangla-Desh und Peru, obwohl es ein Leichtes wäre, genügend Geld, Impfstoff, Transportmittel und Ärzte zu mobilisieren, um Seuchen zu bannen. Noch bei jeder Naturkatastrophe in einem kapitalistischen oder halbfeudalen Land beging die herrschende Klasse kaltblütigen Mord an all denen, die hätten gerettet werden können, wäre ihnen rechtzeitig geholfen worden, gab sie Millionenwerte der Vernichtung preis, weil ihre Rettung kurzfristig „zu teuer" war. Und um dieses Verbrechen zu vertuschen, verbreitete sie Angst und Schrecken unter dem Volk, schürte sie die Panik, sprach sie von „Gottesgericht" und „Schicksalsschlag", um den Menschen weiszumachen, daß größere Anstrengungen sowieso nutzlos seien. Denken wir nur an die Erdbebenopfer in Sizilien! Sie wurden mit päpstlichem Segen abgespeist – ihre Wohnungen aber sind heute noch, nach Jahren, nicht wieder aufgebaut.

Der sozialistische Staat dagegen scheut keine Ausgaben und Opfer, um das Ausmaß solcher Naturkatastrophen so gering wie möglich zu halten. Das begann in der VR China bereits damit, daß im ganzen Land ein umfangreiches Frühwarnsystem für Erdbeben eingerichtet wurde, in das die breiten Volksmassen mit einbezogen wurden. So war auch die Bevölkerung von Tangshan schon seit geraumer Zeit darauf vorbereitet, daß in diesem Gebiet ein großes Erdbeben zu erwarten sei. Man wußte zwar nicht den genauen Zeitpunkt – aber dennoch konnten alle menschenmöglichen Sicherheitsvorkehrungen ergriffen werden, nach der Weisung des Vorsitzenden Mao: *„Trefft Vorbereitungen für einen Kriegsfall, Vorbereitungen auf Naturkatastrophen, tut alles für das Volk!"*

Die Bevölkerung von Tangshan wußte im Augenblik der Katastrophe genau, welche Maßnahmen eingeleitet werden mußten, sie war vorbereitet auf umfangreiche Rettungsaktionen, jeder Einzelne kannte in diesem Augenblik seinen Platz. „Sich auf die eigenen Kräfte stützen" – nach dieser Losung mobilisierten die Partei und der Staat in kürzester Zeit die Millionenbevölkerung Chinas für Hilfs- und Rettungsaktionen, wie der Hsinhua-Bericht sie beschreibt. Nur so war es beispielsweise möglich, die meisten der verschütteten Bergleute in Tangshan zu retten – eines der vielen „Wunder", denen die bürgerliche Presse vollkommen fassungslos gegenübersteht. Nur so war es möglich, die Versorgung der Bevölkerung aufrechtzuerhalten, nur so war es möglich, die Gefahr von Seuchen zu bannen, den größten Teil der Bevölkerung zu retten und gleichzeitig den Wiederaufbau einzuleiten.



Voller Zuversicht kämpfen die chinesischen Volksmassen gegen die Folgen des Erdbebens. Unser Foto zeigt Soldaten der Volksbefreiungsarmee, die zusammen mit der Volksmiliz und den Kommunebauern im strömenden Regen den Damm durch den Paiho-Fluß beim Miyun-Reservoir in der Nähe Pekings verstärken.

Welch gewaltiger Unterschied besteht gegenüber einer solchen Naturkatastrophe in der Haltung der Bourgeoisie und der eines Volkes, das sein Schicksal selbst bestimmt und sich auf die eigenen Kräfte stützt, das beleuchtet schlaglichtartig der Bericht eines amerikanischen Handelsmannes: Als die Erde zu beben begann, so erzählte er später, habe er zu seinem chinesichen Begleiter gesagt: „Das ist wie ein Film-Schocker!" Der chinesische Genosse antwortete ihm: „Solche Filme beruhen auf dem Konzept, daß sich damit Geld machen läßt, wenn man den Zuschauern nur genug Angst einjagt. Auch wir haben Erdbeben-Filme. Sie dienen aber einzig und allein dazu, den Leuten zu zeigen, wie man sich bei einem Erdstoß verhält."

Das Erdbeben in Tangshan ist ein großes Unglück für das chinesische Volk. Und doch zeigt es die tausendfache Überlegenheit des sozialistischen Systems über den Kapitalismus. Ausgehend von der marxistisch-leninistischen Lehre: „Der Mensch kann die Natur besiegen", ist das chinesische Volk unter Führung seiner Partei und des Vorsitzenden Mao darangegangen, dieses Unglück in einen Sieg über die Natur zu verwandeln. So drückte es ein Arbeiter der Eisenhütten von Tangshan aus: „Die Erschütterungen der Erde können uns nicht einschüchtern. Wir arbeiten hart, und stützen uns auf uns selbst, um unsere Heime wieder aufzubauen." Die Kader und Volksmassen in den betroffenen Gebieten haben erklärt: Wir sind entschlossen, an der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao festzuhalten, unter Führung der Parteikomitees auf den verschiedenen Ebenen des Klassenkampf als Hauptkettenglied anzupacken, den großen Kampf der Kritik an Deng Hsiao Ping zu vertiefen, entschlossen keine Opfer zu scheuen, alle Schwierigkeiten zu überwinden, um den Sieg davonzutragen im Kampf gegen die Folgen des Erdbebens."

"Feuer frei" für die Polizei...

Fortsetzung von Seite 1

Werktätigen mit Maschinengewehren und Handgranaten blutig niederzuschlagen. Deshalb sagte Schwarz offen: „Aber wenn wir die Notstandsregelung, also den Einsatz der Bundeswehr, möglichst weit zurückdrängen wollen, müssen wir bestimmte Situationen mit polizeilichen Mitteln lösen können." „Feuer frei" also für die Polizei . . .

Streikende Arbeiter, die den Kampf für ihre Forderungen militant und entschlossen führen, sind schon jetzt, z.B. während des Streiks der Druckereiarbeiter, mit Gummiknüppeln und Tränengas von der Polizei angegriffen worden. In der Zukunft müssen sie damit rechnen, daß geschossen wird. Geschossen werden kann in Zukunft auch auf Werktätige, die den Bauplatz eines Atomkraftwerkes besetzen oder die gegen die Errichtung eines Truppenübungsplatzes der US-Besatzer kämpfen. Schon vor über einem Jahr hetzte der Frankfurter Polizeipräsident Müller anläßlich der militanten Kämpfe der Jugendlichen gegen die geplante Erhöhung der Preise für die Nahverkehrsmittel, er hätte es seinen Beamten nicht „verdenken" können, wenn sie zur Waffe gegriffen hätten. Ebenfalls in Frankfurt haben sich Polizisten nicht gescheut, eine Demonstration von Kindern mit „chemical mace" zu überfallen. Sie werden sich in Zukunft auch nicht scheuen, auf Kinder zu schiessen. Der „Musterentwurf eines neuen Polizeigesetzes" sieht diesen Fall ausdrücklich vor, wenn ein Kind anders nicht daran gehindert werden kann, jemanden eine „Leibesgefahr" zuzufügen, wie es zynisch heißt. Das neue Polizeigesetz ist ein Musterbeispiel dafür, wie die Bourgeoisie heute Schritt für Schritt die Faschisierung vorantreibt, um den Kampf der werktätigen Massen zu unterdrücken.

Auch die anderen Bestimmungen des neuen Polizeigesetzes sind vom gleichen faschistischen Geist getragen. Wie sieht es z.B. mit den Bestimmungen aus, die sich mit dem „gezielten Todesschuß", also kaltblütigem Mord, befassen? Wie wir wissen, hat die Polizei in den letzten Jahren Dutzende von Menschen ermordet. 1962 wurde der Student Benno Ohnesorg während einer Demonstration gegen das faschistische Schahregime erschossen. Zahlreiche Angehörige der RAF und ähnlicher Gruppen wie Georg von Rauch und Thomas Weissbecker fielen den Killern der Polizei zum Opfer. Der schottische Staatsbürger Ian McLeod wurde in seiner Wohnung erschossen, weil er verdächtig war, mit der RAF zu sympathisieren. „Ein Irrtum, wir bedauern", hieß es hinterher zynisch. Mehr noch. In München machten Polizisten Jagd auf einen Jugendlichen, der ein Auto gestohlen hatte, umzingelten ihn mit ihren Streifenwagen und erschossen den wehrlosen Jugendlichen anschließend kaltblütig. Zahlreiche andere Fälle ähnlicher Art ließen sich nennen. In allen größeren Städten der Bundesrepublik wurden vor einiger Zeit Sonderbrigaden aufgestellt, die MEKs, deren Aufgabe die Jagd auf und die Erledigung von Revolutionären ist. Nicht umsonst werden sie im Volksmund „Mordeinsatzkommandos" genannt. Obwohl selbstverständlich kein einziger der Mörder aus den Reihen der Polizei bestraft wurde, mußten sie doch oft zu gewagten Konstruktionen greifen, um den Todesschuß entsprechend den bisherigen gesetzlichen Regelungen zu rechtfertigen. Das soll jetzt anders werden. Sogar der „Spiegel" schreibt über die neuen Regelungen empört: „Offenbar soll der Täter um jeden Preis erledigt werden." Wenn der rheinland-pfälzische Innenminister Schwarz angesichts dessen sagt: „Sie tun so, als ob unsere Polizisten nichts anderes zu tun hätten, als möglichst schnell jemanden totzuschießen", so ist das nichts anderes als eine zynische Verhöhnung der schon jetzt von der Polizei erschossenen Menschen.

Razzien, Hausdurchsuchungen, Kontrollen, Verhaftungen – all das war der Polizei bis jetzt nur gegen „Verdächtige" erlaubt (wobei sich natürlich immer ein Vorwand finden ließ). Aber selbst diese Bestimmung wird jetzt wegfallen. In Zukunft wird die Polizei auch ohne jede Begründung nachts Wohnungen stürmen und Menschen auf offener Straße verhaften können. „Heute", hetzte Schwarz in seinem Interview, „sehen die Täter ja nicht mehr so aus wie früher. Sie haben längst gemerkt, daß sie bei solidem Aussehen mit größter Wahrscheinlichkeit durchkommen. Wie anders soll ich der Gefahr denn Herr werden? Wenn Kontrollen durchgeführt werden, wird beispielsweise Mainz oder Koblenz für vier Stunden zugemacht . . . Sie können natürlich die Polizei abschaffen, dann wird der Bürger überhaupt nicht mehr belästigt." In Zukunft wird die Polizei völlig legal einen Menschen 24 Stunden einsperren können, ohne auch nur einen seiner nächsten Angehörigen benachrichtigen zu müssen. Dazu Schwarz: „Ich muß doch den potentiellen Verbrecher für 24 Stunden festhalten können, ohne der Familie Bescheid zu sagen, damit die nicht möglicherweise denjenigen warnt, der mit im Spiel ist." So sprachen und handelten die Faschisten. Natürlich handelt es sich hier nicht darum, etwa den Chef eines Rauschgiftrings oder einer internationalen Verbrecherbande auszuschalten, sondern das kann jedem passieren, der sich etwa dadurch „verdächtig" gemacht hat, daß er seinen täglichen Spaziergang in der Nähe eines Gas- oder Elektrizitätswerkes macht.

Das neue Polizeigesetz zeigt deutlich, was von der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" zu halten ist, zu deren Schutz es gemacht wurde. In Wirklichkeit ist diese Demokratie nichts anderes als die Diktatur der Kapitalistenklasse über die Werktätigen und der Staat, dessen Aufgabe es angeblich sein soll, „Freiheit und Gerechtigkeit" für jedermann zu sichern, sichert in Wirklichkeit nur die Ausbeuterordnung der Kapitalistenklasse. „Die Polizei, dein Freund und Helfer" – versucht die bürgerliche Propaganda den werktätigen Massen einzuhämmern. „Die Polizei, dein Feind und Killer", das ist die Wahrheit, deren sich immer mehr Menschen bewußt werden. Sicher leben wir heute noch nicht unter einer faschistischen Diktatur, aber zwischen der bürgerlichen Demokratie und der Errichtung der offenen faschistischen Diktatur gibt es keine chinesische Mauer.

Wer, wie die modernen Revisionisten, gerade diese Tatsache vor den Massen vertuschen will und den Klassencharakter der bürgerlichen Demokratie verwischt, ist ein Verbrecher, der der Errichtung des Faschismus den Weg bereitet. Wer zugleich, wie die modernen Revisionisten, die Behauptung aufstellt, die Hauptgefahr bei der Errichtung einer faschistischen Diktatur drohe von einem „Rechtskartell" (zu dem natürlich auch der Polizeiminister von Rheinland-Pfalz, Schwarz, gezählt wird), vertuscht, daß alle bürgerlichen Parteien die Faschisierung vorantreiben, daß es die Regierung ist, die in Übereinstimmung mit der Opposition, im Auftrag der Kapitalistenklasse, die Faschisierung vorantreibt. So wurde das neue Polizeigesetz eben nicht nur von dem CDU-Minister Schwarz entworfen, sondern es handelt sich um einen gemeinsamen Entwurf aller Bundesländer.

Die Kapitalistenklasse wird niemals gezwungen werden können, ihre Ausbeuterherrschaft über die Werktätigen friedlich aufzugeben. Im Gegenteil, sie wird sie bis zuletzt mit brutaler Gewalt, mit dem Versuch der Errichtung einer neuen faschistischen Diktatur zu verteidigen versuchen. Der Kampf gegen den Abbau der demokratischen Rechte, gegen die Faschisierung kann deshalb nur mit dem Ziel der gewaltsamen sozialistischen Revolution richtig geführt werden, die den kapitalistischen Staatsapparat zerschlägt und auf seinen Trümmern die Diktatur des Proletariats errichtet.

Rolf Pohle in Griechenland verhaftet

Bonner Polizei auf Menschenjagd

Nach seiner Verhaftung in Athen haben sich die griechischen Behörden inzwischen geweigert, Rolf Pohle in einer Blitzaktion an die westdeutsche Polizei auszuliefern. Sie haben stattdessen ein förmliches Auslieferungsverfahren eingeleitet. Das ist nicht zuletzt das Ergebnis der wachsenden Empörung in der griechischen Öffentlichkeit über die unverfrorenen Interventionen der westdeutschen Polizei in Griechenland und die faschistische Menschenjagd und Hetze, die in Zusammenhang mit der Verhaftung Pohles von den westdeutschen Imperialisten betrieben wurde.

Unmittelbar nachdem bekanntgeworden war, daß sich Pohle in Griechenland aufhält, rotteten sich westdeutsche Geheimagenten, Spitzel und andere Kriminalbeamte in Griechenland zusammen. Sie mißachteten die griechische Souveränität und informierten die griechischen Behörden oft nicht einmal über ihre Ankunft und über ihre Absichten – geschweige denn, daß sie gefragt hätten, ob sie überhaupt erwünscht sind. So hielten sich zeitweilig über zwanzig westdeutsche Geheimagenten allein auf der Insel Mykonos auf und bespitzelten die westdeutschen Touristen. Am Kanal von Korinth tauchten westdeutsche Polizisten auf, um die Autos aus der Bundesrepublik zu kontrollieren. Auf der Insel Korfu, auf der angeblich ein „Terrorist" gesichtet worden war, wurden auf Drängen der westdeutschen Imperialisten in einem Ort die Papiere aller Touristen kontrolliert.

Nachdem Pohle verhaftet worden war, versuchten die westdeutschen Imperialisten sogar, die griechischen Behörden zum Bruch ihrer eigenen Gesetze zu veranlassen. Sie hatten sogar bereits alles für eine blitzartige Entführung Pohles aus Griechenland vorbereitet und zu diesem Zweck bereits eine Sondermaschine der Lufthansa auf dem Flughafen Helinikon bereitgestellt.

Aus Wut darüber, daß sich die griechischen Behörden dem Ausweisungsplan der westdeutschen Imperialisten nicht bedingungslos unterwarfen, wurde die faschistische Hetze gegen Griechenland verstärkt. Nach dem Motto: „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns" werden die griechischen Behörden, die einen politischen Flüchtling gemäß ihren Gesetzen behandelten, als Helfershelfer von „Verbrechern" hingestellt. Mehr oder minder offen wurden die Touristen aus der Bundesrepublik in Griechenland dazu aufgehetzt, nach „Verdächtigen" Ausschau zu halten. Wie weit das bereits geht, zeigt der Fall einer Westberliner Lehrerin, die sich am Strand gegen den Kapitalismus geäußert hatte. Auf den Hinweis einer anderen Touristin, die bereits in die Bundesrepublik zurückgekehrt war, sie habe Gabriele Kröcher-Tiedemann entdeckt, wurde sofort ein Sonderflugzeug nach Korfu gestartet, um die „Verdächtige" zu identifizieren.

Diese Praktiken der westdeutschen Imperialisten sind unerhört, ebenso wie die faschistische Hetze. Westdeutsche Polizisten haben in Griechenland oder irgendeinem anderen Land nichts zu suchen. Schon gar nicht, dann, wenn sie einen politischen Flüchtling einfangen wollen.

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

TODESURSACHE RAUSCHGIFT

Liebe Genossen!

Es ist gut, daß im „Roten Morgen" mal wieder ein Artikel zum Rauschgift war. Ich möchte zu diesem Artikel „Todesursache Rauschgift", RM 30/76, noch ein paar Bemerkungen machen. Ihr schreibt, 1975 seien „im ganzen Bundesgebiet" 28 Jugendliche infolge von Rauschgift gestorben. Das ist aber nicht richtig. Hier die offiziellen Zahlen der Kriminalstatistik:

1969	0
1970	29
1971	67
1972	104
1973	106
1974	139
1975	189

Und diese Zahlen der offiziellen Statstik stimmen natürlich nicht. Denn in der offiziellen Statistik sind nur die Fälle erfaßt, wo Jugendliche auf offener Straße, Toiletten, Bahnhöfen usw. infolge von Rauschgift verreckt sind. Es besteht nämlich keine Meldepflicht bei Todesursache Rauschgift. Wer also zu Hause, im Krankenhaus oder sonstwo stirbt, der taucht in dieser Statistik gar nicht erst auf. Die wirkliche Zahl der Jugendlichen, die durch Rauschgift sterben, bleibt unbekannt, sie soll unbekannt bleiben. Rauschgifthändler sind potentielle Mörder. Dadurch werden sie aber nicht in den Augen der bürgerlichen Klassenjustiz zu Kriminellen, denn sie sind ja Klassenfreunde. Sie gehen, wie ihre grossen Brüder vom Finanzkapital, für Profit über Leichen. Und das erst recht bei einer angenommenen Profitspanne von 20 000%! Was Karl Marx zum Kapitalismus allgemein sagte – es trifft hier auch genau zu:

(sinngemäß)

Zehn Prozent Profit sicher, und man kann das Kapital überall anwenden; 20% es wird lebhaft; 50% es wird waghalsig; für 100% stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300% und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens!

Rot Front
ein Genosse aus Westberlin

DÜSENJÄGER DONNERN IM TIEFFLUG ÜBER WINNERT

Liebe Genossen!

Ich möchte Euch einen kleinen Vorfall aus meinem Urlaub berichten. Meine Frau, ich und unsere 10 Monate alte Tochter verbrachten dieses Jahr unseren Urlaub auf einem Bauernhof in Winnert in der Nähe von Husum, Nordfriesland.

Am Morgen des ersten Urlaubstages sagte ich noch zum Nachbarbauern, daß es so schön ruhig sei, viel besser als zu Hause, wo wir direkt in der Einflugschneise des Flughafen Tegel wohnen. Der Bauer meinte, daß es in Winnert wohl nicht ganz so laut sei, dafür aber gefährlicher. Und es dauerte auch gar nicht lange, da donnerten die Düsenjäger im Tiefflug über's Dorf. An den Lärm gewöhnten wir uns schnell, weil wir ihn von Westberlin her gewöhnt sind. Doch daß es geradezu lebensgefährlich ist, in dieser Gegend zu wohnen, bekamen wir auch noch zu spüren.

Es war kurz nach Mittag: Meine Frau legte sich gerade zum Mittagsschlaf hin, ich setzte mich auf den Rasen und las und meine Tochter spielte ganz versunken mit ihren Bauklötzern. Auf einmal gab es einen höllischen Lärm! Ich dachte, mein Trommelfell müßte platzen. Meine Tochter zuckte zusammen und starrte mich ganz entsetzt an, meine Frau kam aufgeschreckt und völlig verstört aus dem Haus gerannt. Direkt über uns waren vier Starfighter aufeinander los geflogen, aus jeder Himmelsrichtung einer. Ich dachte: Die stoßen zusammen! Kurz davor schwenkten sie ab.

Ich habe von Fliegerei ja keine Ahnung, aber ich konnte klar erkennen, daß diese vier Düsenjäger einen Angriff gegeneinander über besiedeltem Gebiet übten. Als ich das unserem Nachbarn erzählte, meinte er, daß dieser Abschnitt extra für solche Übungsflüge eingeteilt worden sei. So etwas kommt in diesem Dorf oft vor und meistens um die Mittagszeit, wenn viele ältere Leute und die Kinder sich zur Mittagsruhe legen wollen. In dieser Gegend sind auch schon einige Maschinen abgestürzt. Eine in der Nähe von Husum und eine andere vor nicht allzu langer Zeit in die Treene, einem Fluß ganz in der Nähe.

Die Bauern sind darüber sehr empört, denn jeden Tag könnte hier eine Katastrophe passieren. Doch die dafür Verantwortlichen schert es einen Dreck! Diese Armee ist keine Armee des Volkes. Sie ist eine Armee der Imperialisten und als solche muß sie auch bekämpft werden.

Nieder mit der imperialistischen Bundeswehr!

Rot Front!
Ein Genosse aus Westberlin

Gemeinsames Kommunique von KPD/ML und KPD zum Roten Antikriegstag

Ende Juli trafen sich Vertreter des ZK der KPD/ML und der KPD zu Verhandlungen über eine Aktionseinheit zum Roten Antikriegstag 1976. Eingeladen zu den Verhandlungen war auch der KBW, der aber ohne Begründung nicht erschien. KPD/ML und KPD beschlossen das im Folgenden abgedruckte Kommunique.

„Zum Kampftag gegen den imperialistischen Krieg am 1. September 76 schließen KPD/ML und KPD eine Aktionseinheit. Diese steht unter den Losungen:

Nieder mit den beiden imperialistischen Supermächten, den Hauptkriegsbrandstiftern auf der Welt!

Krieg dem imperialistischen Krieg!

Stärkt die weltweite Einheitsfront gegen die beiden imperialistischen Supermächte, den russischen Sozialimperialismus und den USA-Imperialismus!

Nieder mit den aggressiven Militärblöcken der beiden Supermächte, Warschauer Pakt und Nato!

Supermächte raus aus ganz Deutschland! Deutschland dem deutschen Volk!

Nieder mit dem westdeutschen Imperialismus, nieder mit der sozialfaschistischen Honecker-Clique!

Nieder mit den modernen Revisionisten, den gefährlichsten Feinden in der Arbeiterbewegung!

Für die sozialistische Revolution in Ost und West,

Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus!

Es lebe die Diktatur des Proletariats!

Es lebe die Volksrepublik China!

Es lebe die Volksrepublik Albanien!

Proletarier aller Länder, unterdrückte Völker und unterjochte Nationen, vereinigt Euch!

Es lebe die proletarische Weltrevolution!

Am Samstag, dem 28. August, finden gemeinsame Demonstrationen in folgenden Städten statt: Hamburg, Hannover, Frankfurt, Stuttgart, München, West-Berlin, Duisburg.

KPD/ML und KPD sind sich einig, daß es bei den Demonstrationen zum Kampftag gegen den imperialistischen Krieg keine Aktionseinheit mit den modernen Revisionisten der D„K"P/SEW und trotzkistischen Organisationen der 4. Internationale geben kann;

daß deren Parolen und Losungen, Losungen, die gegen die sozialistischen Länder, besonders gegen die VR China und die VR Albanien, gegen die Diktatur des Proletariats, gegen die marxistisch-leninistische Weltbewegung gerichtet sind, nicht geduldet werden können;

daß in der Aktionseinheit die Freiheit der Agitation und Propaganda jeder Organisation gewährleistet sein muß."

KPD/ML **KPD**

Weg mit dem KPD-Verbot!

Fortsetzung von Seite 1

der KPD. Im April 1951 wurde die Volksbefragung über die Remilitarisierung und den Abschluß eines Friedensvertrages verboten. Im Juni 1951 wurde die Freie Deutsche Jugend und im Juli 1951 der „Rat der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes" verboten. Parallel dazu betrieb das Adenauer-Regime die Verabschiedung des Blitzgesetzes, das am 30. August 1951 in Kraft trat. Im gleichen Jahr, am 22. November 1951, unterzeichnete Adenauer in Paris den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, der die Grundlage für den Aufbau einer neuen imperialistischen Armee auf deutschem Boden bilden sollte und am selben Tag stellte die Bundesregierung zusammen mit dem amerikanischen Hohen Kommissar auch den Antrag auf das Verbot der KPD. Dieser Verbotsantrag gegen die KPD richtete sich gleichzeitig gegen alle deutschen Antimilitaristen, Patrioten und klassenkämpferischen Arbeiter. Das zeigte sich schon alleine daran, daß die Bundesregierung mit dem Verbot der KPD gleichzeitig das Verbot von insgesamt 37 sogenannten „Tarnorganisationen" verlangte, darunter etwa des „Komitees der jungen Friedenskämpfer", des „Westdeutschen Ausschusses der Nationalen Front des demokratischen Deutschland", der „Bewegung für bäuerliches Recht und Freiheit" usw.

Ziel des KPD-Verbots: „Abtötung des Marxismus"

Was könnte deutlicher zeigen, wes Geistes Kind die „neuen" Herren in Westdeutschland waren, als die folgende Äußerung des damaligen Staatssekretärs, von Lex, der im Auftrag der Bundesregierung das Verbot der KPD forderte und erklärte: „Sie sind ein gefährlicher Infektionsherd im Körper unseres Volkes, der Giftstoffe in die Blutbahn des staatlichen und gesellschaftlichen Organismus der Bundesrepublik sendet." Das war wörtlich die alte Blut- und Boden-Ideologie des Hitlerfaschismus!

1928 hatte die Komintern festgestellt: „Die Hauptaufgabe des Faschismus ist die Vernichtung der revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse, d.h. der kommunistischen Schichten des Proletariats und ihrer führenden Kader." 1953 stellte der „Rheinische Merkur", das Hausblatt Adenauers zum Ziel des Verbotsprozesses gegen die KPD fest: „Das große Anliegen, von dem man wünschen möchte, daß es ... schnell und zielsicher angepackt wird, ist die endgültige Abtötung des Marxismus, die Entgiftung des Sozialismus, nicht nur in Deutschland, sondern ausstrahlend nach Europa."

Hier zeigt sich, zwischen dem Hitlerfaschismus und der Bundesrepublik, zwischen dem Faschismus und der bürgerlichen Republik, klafft kein unüberbrückbarer Abgrund. Hievte das deutsche Finanzkapital 1933 Hitler an die Macht, um gegen die drohende Revolution mit einer offenen terroristischen Diktatur seine Herrschaft zu verteidigen und konzentrierte sich der Terror auf die Zerschlagung der KPD, so wurden in der Bundesrepublik von Anfang an die Weichen für die erneute Errichtung einer faschistischen Diktatur gestellt, konzentrierte sich das Adenauer-Regime von Anfang an darauf, den Kommunismus auszuschalten. Und zwar nicht nur als politische Kraft, sondern auch ideologisch, als Weltanschauung.

Zwar soll es, nach den Aussagen der Bundesverfassungsrichter in diesem Prozeß nicht darum gegangen sein, den Marxismus-Leninismus als Wissenschaft zu verbieten. Dem widerspricht allerdings schon ein flüchtiger Blick in die Urteilsbegründung, die geradezu ein Lehrbuch der Bourgeoisie über den Marxismus-Leninismus ist (und als solches auch heute noch von Richtern und Staatsanwälten benutzt wird), dem widerspricht auch die Tatsache, daß allein in der Urteilsbegründung 26 Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin aufgezählt werden, die als „verfassungswidrig" bezeichnet werden. Dem widersprechen auch solche Einzelheiten aus der Urteilsbegründung wie die Feststellung, daß die innerparteiliche Schulung der KPD ein Angriff auf die „freiheitlich-demokratische Ordnung" sei, denn, so das Bundesverfassungsgericht, „die Feindschaft gegenüber der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und die Eigenschaft, Kommunist zu sein, also in kommunistischer Bewußtheit politisch zu handeln, sind die beiden Seiten ein und derselben Münze."

Das Bundesverfassungsgericht verbot den Marxismus-Leninismus natürlich nicht als Kanzleiwissenschaft. Es verbot ihn, weil es davon ausging, daß der Marxismus-Leninismus eine Anleitung zum Handeln ist. Es verbot die KPD, weil es davon ausging, daß es die Aufgabe einer kommunistischen Partei ist, die Massen so im Geiste des Marxismus-Leninismus zu erziehen, daß er sie ergreift und zur materiellen Gewalt wird, und sie unter der Führung ihrer kommunistischen Partei den kapitalistischen Staatsapparat gewaltsam stürzen und die Diktatur des Proletariats errichten. Deshalb richtete sich der Kern der Anschäge der Bundesregierung gegen das Prinzip der gewaltsamen Revolution und das Prinzip der Notwendigkeit der Errichtung der Diktatur des Proletariats – also der beiden Prinzipien, die jede wahrhaft marxistisch-leninistische Partei von einer revisionistischen Partei unterscheidet.



Nach elf Jahren schwerster Kerkerhaft wurde Genosse Ernst Thälmann, Vorsitzender der KPD, am 18. August 1944 von den Hitlerfaschisten im KZ Buchenwald feige ermordet. Doch ihre Furcht vor Thälmann, dem Führer des revolutionären deutschen Proletariats, war so groß, daß sie in all den Jahren nicht wagten, einen Prozeß gegen ihn zu eröffnen — ja, selbst den feigen Mord an ihm suchten die Faschisten zu vertuschen. Thälmann wurde ermordet, doch sein kämpferischer Geist, seine Lehren leben weiter im Kampf des deutschen Proletariats, das unter der Führung seiner Partei, der KPD/ML, seinen Kampf fortsetzen und zum Sieg führen wird, zu einem vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland.

Besonders gefährlich war diese Propaganda für die Bourgeoisie damals vor allem deshalb, weil sich Anfang der 50er Jahre jeder Deutsche durch einen Blick in den anderen Teil Deutschlands vom Nutzen der Revolution und der Diktatur des Proletariats für das Volk selbst überzeugen konnte. So heißt es denn auch in der Urteilsbegründung des Bundesverfassungsgerichts: „Die besondere Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung durch diese zersetzende Propaganda ergibt sich daraus, daß der in der freiheitlichen Demokratie als Ergebnis gegenseitiger Toleranz und freier Diskussion aller politischen Fragen scheinbar herrschenden ‚Ziellosigkeit' ein angeblich auf eindeutige wissenschaftliche Erkenntnis begründetes, geschlossenes System der Weltorientierung gegenübergestellt wird, das für alle noch so komplizierten ökonomischen und politischen Fragen klare Antworten bereithält und damit gerade den anspricht, dem diese Sachverhalte sonst schwer durchschaubar sind."

Dieser „Klarheit der Antworten" des Marxismus-Leninismus für die Lösung der Probleme der Arbeiterklasse hatte das Adenauer-Regime damals — und hat die Bourgeoisie auch heute — nichts anderes entgegenzusetzen als Verbote, Verfolgung und Terror.

Die Schande der Reimann und Konsorten

Weder der Terror der Konterrevolution nach der Revolution 1918/19, weder die Blutherrschaft des Hitlerfaschismus, noch der Terror des Adenauerregimes hatten die KPD vernichten können. Sie hatte allen Schlägen der Bourgeoisie getrotzt, bis es schließlich die Verräter um Reimann unternahmen, diese Festung von innen zu nehmen. Bereits während des Verbotsprozesses gegen die KPD rückten die Prozeßvertreter der KPD in schmählicher Art und Weise gerade von den entscheidenden Prinzipien, dem Prinzip der gewaltsamen Revolution und dem Prinzip der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats ab.

Ja, als auf dem XX. Parteitag der KPdSU die Chruschtschow-Clique die Macht ergriff, versuchten diese Verräter mit dem Hinweis, jetzt könnten sie schwarz auf weiß beweisen, daß auch für Westdeutschland ein „friedlicher Weg zum Sozialismus" möglich sei und daß man heute Kommunist sein könne, ohne für die Errichtung der Diktatur des Proletariats zu sein, die bereits abgeschlossene mündliche Verhandlung wieder in Gang zu bringen. Die Bourgeoisie ging auf diese Bettelei nicht ein. Aber sie sah natürlich, was im Busch war. Sie sah die Chance, hier aus den Reihen der KPD Verbündete für ihren Kampf gegen die Arbeiterklasse, gegen die Revolution und den Kommunismus zu gewinnen.

Ihre Rechnung ging auf. Zwar führte die KPD ihren Kampf auch nach dem Verbot weiter, das Zentralorgan erschien, die Zahl der Betriebszeitungen wuchs sogar. Aber gleichzeitig gelang es den Verrätern um Reimann immer mehr, ihre revisionistische Linie durchzusetzen. Zehn Jahre später, auch unter dem Eindruck der sich anbahnenden „neuen Ostpolitik", hielt die Bourgeoisie die Zeit für gekommen. Brandt, Wehner, Heinemann und andere verkündeten öffentlich, sie hielten die Neugründung einer KPD, die sich zu den Prinzipien der „freiheitlich-demokratischen Ordnung" bekenne, für möglich. Zwar zierte sich Reimann noch (so schrieb er einen Brief an die Bundesregierung, in dem er erklärte, angesichts des weiter bestehenden KPD-Verbots könne eine neugegründete KPD niemals eine **kommunistische** Partei sein), aber grundsätzlich war die Sache klar. Und überall versicherten Vertreter der KPD in geradezu widerlicher Weise, daß sie bereit waren, sich voll und ganz in den Dienst der Bourgeoisie zu stellen. Typisch dafür ist ein Gespräch zwischen dem revisionistischen Juristen Ridder und dem Vertreter des Bonner Innenministeriums, Ernst, 1967 in der Fernsehsendung „Monitor". Ridder versuchte dort, dem Staatssekretär Ernst plausibel zu machen, daß die KPD in ihrem neuen Programm von 1967 ernsthaft von der Lehre vom gewaltsamen Sturz des kapitalistischen Staates abgerückt sei. Darauf Ernst: „ . . . ich kann es mir nicht vorstellen. Denn daß man auf einem völlig legalen, demokratischen Weg erreichen soll, daß die jetzt führenden Schichten in Deutschland abtreten und die Macht der Diktatur, eh . . . dem Proletariat übergeben, das ist eine Utopie, an die können wir nicht glauben. Wenn Sie es erreichen wollen, so können Sie es nur durch die Revolution erreichen, denn freiwillig wird doch die herrschende Gesellschaft sich nicht ableben. Ein solcher Fall des Selbstmordes . ." Ridder: „ . . . aber Revolutionen sind in durchorganisierten Staaten, die uns verfassungsstrukturell und administrativ usw. vergleichbar sind, eine aussichtslose Sache. Und das einzusehen, sind auch die Kommunisten gescheit genug." Und auf einer Konferenz über das KPD-Verbot 1967 in Düsseldorf erklärte Franz Ahrens für die KPD folgendermaßen, wie sich die Verräter um Reimann die neue Partei vorstellten: als „integrierter demokratischer Bestandteil des staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens".

Und so wurde schließlich 1968 die von der Bourgeoisie gewünschte „Neugründung" vollzogen: In Heinemanns Amtszimmer entstand die D„K"P, als Partei der Verräter, als Agentur der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiterklasse. Damit aber wurde nicht nur der Kampf für den Sozialismus, sondern auch der Kampf für die Aufhebung des KPD-Verbotes vollständig verraten.

Weg mit dem KPD-Verbot!

Auch nach der Gründung der D„K"P hob die Bourgeoisie das KPD-Verbot nicht auf. Es blieb bestehen als Druckmittel der Bourgeoisie gegen die Neugründung einer kommunistischen Partei, die den revolutionären Weg der KPD fortsetzen würde — denn damit rechneten natürlich die Kapitalisten. Ihre Rechnung ging aber nicht auf. Die wahren Marxisten-Leninisten in der KPD, die den Kampf gegen den Verrat der Revisionisten aufnahmen, an ihrer Spitze Genosse Ernst Aust, krochen nicht zu Kreuze. Sie trotzten dem KPD-Verbot und gründeten zur Jahreswende 1968/69 die KPD/ML und verankerten in der Gründungserklärung der Partei die revolutionären Prinzipien der Notwendigkeit des revolutionären Sturzes des imperialistischen Staates und der Errichtung der Diktatur des Proletariats. Damit war den Hoffnungen der Bourgeoisie auf Jahre des ungestörten Ausbeuterfriedens bereits der entscheidende Schlag versetzt worden.

Auch heute noch kann die Bourgeoisie das bestehende KPD-Verbot jederzeit auf die KPD/ML anwenden. In diesem „freiheitlichsten Staat auf dem ganzen Planeten", wie ein Staatsanwalt in einem Prozeß die Bundesrepublik nannte, ist die kommunistische Partei auch heute nicht legal. Zwar zögert die Bourgeoisie, die KPD/ML als Nachfolgeorganisation der KPD zu verbieten — „aus Opportunitätsgründen", wie vor einiger Zeit Innenminister Genscher erklärte. Aber das hindert sie nicht daran, die KPD/ML und die Weltanschauung des Marxismus-Leninismus auch heute schon als ihren Todfeind zu verfolgen, das hindert sie nicht, Genossen der KPD/ML mit Begründungen zu bestrafen, die fast wörtlich aus dem Verbotsurteil gegen die KPD abgeschrieben sind.

Nieder mit der Faschisierung

Die Hoffnung des Adenauer-Regimes, mit dem Verbot der KPD den Marxismus-Leninismus „abzutöten", die Hoffnung der westdeutschen Imperialisten, mit der Gründung der D„K"P die Massen an die Leine der „freiheitlich-demokratischen Ordnung" legen zu können, hat sich zerschlagen. Seit den Septemberstreiks 1969 hat der Klassenkampf immer höhere, für die Bourgeoisie immer bedrohlichere Wellen geschlagen. Zahlreiche Gesetze wurden gerade in jüngster Zeit verabschiedet, die zeigen, wie etwa der Musterentwurf für ein neues Polizeigesetz, daß sich die Bourgeoisie auf kommende, viel härtere Klassenauseinandersetzungen vorbereitet.

Dabei sind die „klaren Antworten", die heute die KPD/ML auf die Probleme der Massen gibt, das Vertrauen, das sie gewinnt, für die Bourgeoisie bereits zu einer solchen Gefahr geworden, daß sie sich — trotz der zahlenmäßigen Schwäche der Partei — genötigt sieht, gegen einen „Roten Morgen" nach dem anderen Prozesse anzustrengen, daß sie ein Gesetz — das 14. Strafrechtsänderungsgesetz — beschlossen hat, das jede Propagierung der gewaltsamen Revolution unter Strafe stellt.

Illusionen sind hier fehl am Platz. Die Bourgeoisie weiß, was ihr blüht und wird ihre Herrschaft mit Zähnen und Klauen verteidigen. Aber das haben auch die Herrschenden in Albanien, in China und Kambodscha getan. Es hat ihnen nichts genutzt. Und es wird ihnen auch hier nichts nutzen. Niemals wird die KPD/ML vor den Schlägen der Bourgeoisie kapitulieren und für das Linsengericht der Legalität die Interessen der Revolution verraten. Unsere Genossen in der DDR haben bereits bewiesen, daß auch faschistischer Terror und tiefe Illegalität die KPD/ML nicht davon abhalten werden, für das Ziel zu kämpfen, das die Bourgeoisie so sehr fürchtet, weil es ihren Untergang bedeutet: für die sozialistische Revolution, für ein vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland.

Die Faschisten suchten das Weite!

Fortsetzung von Seite 2

tionszug auf, aber der Kampf ging weiter. Die Nazis hatten inzwischen ihren Stand wieder aufgebaut und auch der von ihnen angekündigte Redner war aufgetaucht. Aber als er den Mund aufmachte, tönte ihm ein schrilles Pfeifkonzert entgegen. **Fast 400 Menschen hatten sich um den Stand versammelt, darunter auch unsere Genossen. Es wurden immer wieder kämpferische Parolen gerufen. Papierschnitzel flogen, dann Eier und Tomaten, schließlich Farbbeutel. Dann gelang es einigen Antifaschisten, die Polizeikette zu durchbrechen und den Stand umzustürzen. Die Faschisten ließen sich von der Polizei eine Bresche in die Menge schlagen und suchten das Weite. Was von ihrem Material noch übrig blieb, wurde angezündet.**

Die Polizei begann jetzt wieder mit einem wilden Knüppeleinsatz und benutzte dabei auch die „chemische Keule". Aber wie schon während der Demonstration mußten sie auch jetzt selbst einiges einstecken. So wurde z. B. ein besonders brutaler Polizist kampfunfähig gemacht. Auch am Abend hatte die Polizei die Kundgebungshalle in Planten und Blomen hermetisch abgeriegelt. Trotzdem sammelten sich immer wieder empörte Menschen an. Die Polizei lockte etwa hundert von ihnen in eine Falle und knüppelte sie nieder. Dabei wurde auch eine Hundestaffel eingesetzt. Berichten zufolge, gab es wahrscheinlich mehrere Verletzte.

Für ihre Niederlage in der Innenstadt rächten sich die Polizisten an den insgesamt 13 Festgenommenen und ließen ihre ganze Wut an ihnen aus. Einem Genossen hatten sie die Hände so mit Plastikband zusammengeschnürt, daß das Band tief in die Hände einschnitt. Ein anderer Genosse wurde in den Transporter geworfen. **Hier trat ihm ein Polizist mit dem Fuß voll ins Gesicht und brach ihm das Nasenbein. Als derselbe Polizist wenig später wieder auftauchte, sagte er: „Schade, daß der Tritt nicht besser war."**

Die Festgenommenen wurden in die Altonaer Polizeikaserne gebracht. Auf der Fahrt sangen sie revolutionäre Lieder, darunter das Thälmann-Lied. In der Kaserne blieben sie gefesselt. Sogar auf die Toilette wurden sie von einem Polizisten mit der Knebelkette geführt. Eine besondere Provokation der Polizei bestand darin, den Festgenommenen alle möglichen verbotenen Waffen unterschieben zu wollen. Ständig kamen sie mit Zetteln an, auf denen die Genossen bestätigen sollten, daß dieser oder jener Knüppel ihnen gehört.

Aber die Genossen waren auf der Hut.

Jetzt ist die Bourgeoisie dabei, ihre Anklagen zusammenzuzimmern. **Bei einem Genossen wurde schon der Tatbestand des versuchten Totschlags in den Bericht aufgenommen.** Die Richtung ist klar: Wo die Polizei den Kampf nicht brechen konnte, soll jetzt die bürgerliche Klassenjustiz mit Terrorurteilen her.

Aber die Partei wird den Kampf weiterführen. Viele Menschen haben hier gesehen und am eigenen Leib erfahren, daß die Partei recht hatte, als sie sagte: „Der Terror gegen das Volk geht nicht in erster Linie von dem Häufchen Neonazisten aus, sondern vom Staatsapparat der Bourgeoisie selbst." Die Neonazis werden vom Monopolkapital ausgehalten, und der bürgerliche Staatsapparat schützt sie und päppelt sie auf. Aber die Faschisierung wird vom Staat selbst vorangetrieben.

Der Kampf gegen die faschistische Provokation in Hamburg hat gute Bedingungen geschaffen, um im Zusammenschluß der Massen im revolutionären Kampf gegen den Staat voranzukommen. Er hat auch gute Bedingungen dafür geschaffen, eine breite Solidaritätsbewegung mit den jetzt angeklagten Genossen zu organisieren.

Südafrika

Neue Morde der Vorster-Faschisten

„In unserem eigenen Land, Azania, sind das Vorster-Regime und seine Bantustan-Lakaien von den revolutionären Massen, die von ihrer Befreiungsorganisation geführt werden, umzingelt. Die Rassisten und ihre imperialistischen Herren sind heute in Azania in Panik geraten", sagte Genosse Gqobose, Mitglied des Zentralkomitees des PAC, auf der Großveranstaltung in Dortmund. Und: „Der bewaffnete Kampf im südlichen Afrika entwickelt sich ausgezeichnet." Wie richtig diese Einschätzung ist, haben die Ereignisse der vergangenen Woche erneut bestätigt.

176 seiner Söhne und Töchter, darunter viele Kinder, mußte das Volk von Azania im Juni begraben – ermordet von den faschistischen Vorster-Söldnern. Weit über 1 000 wurden verletzt. Hunderte sitzen noch im Gefängnis. Mit Massenverhaftungen, Großrazzien, Versammlungsverbot, Ausgangssperre und einem riesigen Aufgebot schwerbewaffneter Polizei wollte das Vorster-Regime die Kämpfe der Volksmassen ersticken.

Das ist ihm nicht gelungen, und das wird ihm auch nicht gelingen. Der Kampf der Schüler und Studenten von Soweto ist, sechs Wochen nach der blutigen Unterdrückung durch Polizei und Armee, nicht nur hier, sondern auch an anderen Orten wieder aufgeflammt.

Obwohl ihre Schulen und Universitäten geschlossen worden waren, obwohl die Eingeborenengettos von Regierungstruppen umzingelt sind, hatten die Schüler und Studenten immer wieder erklärt, daß sie ihren Kampf fortsetzen würden. Mehrere Anschläge auf Schulen und Universitäten und Einrichtungen der weißen Rassisten hatte es in diesen Wochen bereits gegeben. In den letzten Julitagen sammelten sich dann erneut weit über 20 000 Demonstranten unter der Forderung, daß all die, die bei den Juliunruhen verhaftet worden waren, sofort freigelassen werden müssen.

Am 27. Juli organisierten sie eine Massendemonstration, die von Soweto, einem der vielen Eingeborenengettos der Stadt, nach Johannesburg ziehen wollte, um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen. Mit Panzern und schwerbewaffneter Polizei trat das Regime dieser berechtigten Forderung entgegen. In kürzester Zeit entwickelten sich nicht nur in Soweto, sondern auch in Alexandra, New Canada, Katlehong und Tembisa schwere Straßenschlachten. Die Demonstranten setzten sich mit einfachen Waffen und Steinen zur Wehr. Etwa 28 000 Jugendliche, Arbeiter, Frauen und Bauern setzten an zum Sturm auf die Polizeiblockaden von New Canada. Die Eisenbahnlinie nach Johannesburg wurde teilweise unterbrochen. Die meisten Werktätigen, die täglich aus den Afrikanergettos in die Hauptstadt zur Arbeit fahren, schlossen sich den Kämpfen an und legten die Arbeit nieder.

Bereits in den ersten drei Tagen der Kämpfe ermordete die Faschistenpolizei mindestens sieben Menschen, Hunderte wurden verletzt. Die Krankenhäuser von Johannesburg sind überfüllt von Schwerverletzten. Die Regierung hat sofort sämtliche Versammlungen verboten.

Doch es ist abzusehen, daß dieser Terror nichts nützen wird. Denn die Schüler- und Studentenbewegung ist nur ein Teil des revolutionären, bewaffneten Kampfes, den das Volk von Azania in allen Teilen des Landes mit wachsendem Erfolg führt. Nirgends sind die faschistischen Söldner mehr sicher, nur in Konvois und schwerbewaffnet wagen sie sich noch über die Straßen des Landes. Das Volk von Azania wird nicht nachlassen im Kampf, bis es sein Ziel erreicht hat: die endgültige Zerschlagung des faschistischen, rassistischen Regimes der weißen Minderheit und die Vertreibung aller ausländischen Imperialisten mit den amerikanischen an der Spitze aus ihrem Land.



Mit erhobenen Fäusten umzingelten die Demonstranten in Johannesburg einen von ihnen in Brand gesteckten Lastwagen.

Spanien

Die "Amnestie" - eine Farce

Die sogenannte „Amnestie", die der Franco-Zögling Juan Carlos Ende Juli erließ, kann man nicht anders denn als Farce bezeichnen. Schon die Behauptung der spanischen Faschisten, in den Gefängnissen der Guardia Civil, in den Folterkammern des spanischen Geheimdienstes gebe es nur 650 politische Gefangene, ist eine Provokation. Jedermann weiß, daß die Zahl in Wirklichkeit um ein Vielfaches höher ist.

Was bezwecken die Faschisten in Madrid und ihre US-imperialistischen Oberherren mit dieser „Amnesie"? Aufgeschreckt durch die Kämpfe des Volkes, die seit Francos Tod machtvoll angewachsen sind, haben sie beschlossen, die Wut der Volksmassen, die nachdrücklich die Freilassung aller politischen Gefangenen gefordert haben, zu besänftigen und doch gleichzeitig die Mehrzahl ihrer politischen Gegner, die oft schon seit Jahren und Jahrzehnten in den Gefängnissen schmachten, weiter eingekerkert zu halten. So entlassen sie eine Reihe von Kriegsdienstverweigerern, Beamten, ehemaligen Militärs und modernen Revisionisten aus der Haft und behaupten nun, damit seien die Verbrechen des Franco-Regimes ausgelöscht und die Gerechtigkeit wiederhergestellt.

In Wirklichkeit werden weiterhin Tausende politische Gefangene in den Gefängnissen sitzen. In Wirklichkeit wurde kein einziger Genosse der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten oder der FRAP freigelassen, kein einziger Revolutionär der baskischen Patrioten. Tausende, die ins Ausland fliehen mußten, werden nicht aus dem Exil zurückkehren können.

Diese „Amnestie" erfüllt keine einzige Forderung der spanischen Völker. Profitieren werden davon einzig und allein die schlimmsten Volksfeinde. Nicht nur das faschistische Juan-Carlos-Regime, sondern auch und vor allem die modernen Revisionisten. Es ist kein Wunder, daß die ersten, die die Gefängnisse verließen, alte Revisionistenhäuptlinge waren. Diese Verräter haben verkündet, daß sie in Zukunft noch massiver auftreten werden. Dabei haben sie heute bereits die Unterstützung des reaktionären Regimes. Faktisch arbeitet die spanische Revisionistenpartei bereits weitgehend legal, auch wenn sie noch nicht wieder offiziell erlaubt ist. Der spanische Revisionistenhäuptling Carillo und die Verräterin Ibbaruri, die seit Jahren im Ausland leben, haben erklärt, daß sie in kurzer Zeit zurückkehren wollen. Und es ist abzusehen, daß ihnen kein Härchen gekrümmt wird. Im Gegenteil – die Regierung wird sich hüten, ihre Arbeit der „Versöhnung des Volkes" zu behindern, dient sie doch niemand anderem als dem reaktionären Regime. Ungehindert können sie heute bereits ihre konterrevolutionäre Presse veröffentlichen.

Aber das spanische Volk läßt sich nicht betrügen. Als bekannt wurde, daß das Regime in Wirklichkeit nicht daran denkt, die Forderung nach einer Amnestie zu erfüllen, brach im ganzen Land ein Sturm der Empörung aus. Im Gefängnis von Carabanchel, der berüchtigtsten Folterkammer Spaniens, begannen die Gefangenen einen Hungerstreik und revoltierten. In Madrid, in Barcelona und anderen Städten kam es zu Massendemonstrationen mit der Forderung „Amnestia general!" Eine Welle von Bombenanschlägen auf Polizeistationen, Gefängnisse und andere Einrichtungen des Staates begann. Zahlreiche Arbeiter, die zur Zeit im Streik um höhere Löhne stehen, demonstrierten und forderten die Freilassung aller politischen Gefangenen.

Und es zeigte sich, daß das Regime, als es merkte, daß das Zuckerbrot der „Teilamnestie" nicht zog, zur Peitsche griff, wie es das seit je getan hat: Bei einer Massenkundgebung in Madrid schoß die Polizei in die Menge und tötete einen Arbeiter durch Genickschuß. Vor mehreren Gefängnissen kam es zu Kundgebungen. In Barcelona trieb die Polizei die Menschen mit Schlagstöcken auseinander und nahm viele Demonstranten fest.

Was unterscheidet eigentlich diese Polizeieinsätze von denen der Zeit Francos? Gar nichts! Die spanische Monarchie ist keine Regierung, die „Spanien zur Demokratie führen will", wie sie selbst behauptet, es sind die alten Faschisten, die hier herrschen, die nur mit einigen raffinierten Tricks versuchen, die spanischen Völker besser zu betrügen. Das aber wird niemals gelingen! Die spanische Arbeiterklasse wird in ihrem Kampf nicht nachlassen, ehe sie nicht unter Führung der KPSp/ML ihr Ziel erreicht hat: Den Sturz des Faschismus, die Verjagung der Yankee-Imperialisten und die Errichtung der Föderativen Volksrepublik!

Aus aller Welt

FINNLAND

Finnische Fischer haben gegen den Raubfischfang durch die Sozialimperialisten protestiert. Die Plünderung ihrer Gewässer hat den Fischern schon schweren Schaden zugefügt. Mehrere hundert Fischer organisierten aus Protest dagegen eine Kundgebung vor dem sowjetischen Konsulat in Marienham, wo sie Losungen gegen die sowjetische Piraterie riefen.

CHILE/USA

Zwar behaupten die US-Imperialisten, sie würden immer weniger militärische Lieferungen nach Chile senden, doch die Tatsachen strafen sie Lügen. Ende Juli trafen vier amerikanische F 5-Bomber in Chile ein, weitere 18 sollen demnächst folgen. Auch die Zahl der US-Berater, die die chilenischen Faschisten bei der Unterdrückung des Volkes anleiten und unterstützen, hat sich in der letzten Zeit beträchtlich verstärkt.

FRANKREICH

Die Arbeiter der Uhrenfabrik LIP, die bereits vor drei Jahren ihren Betrieb besetzt und die Schließung durch revolutionären Kampf verhindert haben, haben nun erneut zu Kampfmaßnahmen gegriffen. Da die LIP-Kapitalisten, die das Werk inzwischen wieder aufgekauft haben, sich weigern, die Löhne auszuzahlen, weil sie angeblich in Geldschwierigkeiten sind, hat die Belegschaft das Werk wieder besetzt. Der Streik, der bereits am 13. Mai begann, wird fortgesetzt.

ITALIEN

Am 28. Juli traten 1,5 Millionen Werktätige aus der Landwirtschaft in den Streik und forderten Lohnerhöhungen, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und neue Arbeitsverträge. Einen Tag später legten auch die Drucker ihre Arbeit nieder aus Solidarität mit der Belegschaft der Zeitung „Il Giorno", die auf die Straße geworfen werden soll. Auch die Arbeiter in der Bauindustrie streikten mehrere Stunden lang.

FRANKREICH

Die Kämpfe der französischen Bauern haben sich wieder zugespitzt. Nachdem es bereits im Frühjahr zu heftigen Kämpfen zwischen der Polizei und den Winzern in Südfrankreich gekommen war, wobei ein Weinbauer ermordet und zwei Polizisten getötet worden waren, haben nun die Obstbauern, aus Empörung über Obstimporte, die ihre Existenzgrundlage zerstören, revolutionäre Aktionen durchgeführt. Mehrere Lastzüge mit Obstimporten wurden zerstört. In Valence/Südfrankreich kam es zu Auseinandersetzungen zwischen den Bauern und der Polizei.

SIMBABWE

Die rhodesischen Faschisten gehen mit brutaler Gewalt gegen alle vor, die die Revolutionäre in Simbabwe unterstützen. In den letzten Wochen wurden Hunderte Menschen verhaftet. Ende Juli verurteilte ein faschistisches Gericht in Gwanda 77 Einwohner, die angeklagt waren, die simbabwischen Patrioten unterstützt zu haben, zu hohen Gefängnisstrafen. Doch dieser Terror kann das Volk nicht abhalten, den gerechten Kampf weiter zu unterstützen. So griffen die Volksstreitkräfte am 29. Juli einen Militärkonvoi an. In den Gefechten, die mehrere Stunden dauerten, wurden zahlreiche feindliche Soldaten getötet oder schwer verletzt und dem Feind großer Sachschaden zugefügt.

PALÄSTINA

Wie die palästinensische Nachrichtenagentur WAFA meldet, haben die Partisanen in den letzten Julitagen mehrere revolutionäre Aktionen erfolgreich durchgeführt. Beim Angriff auf ein Militärfahrzeug töteten sie einen Faschistenoffizier, kurze Zeit später gelang es ihnen, die zionistischen Wachen zu umgehen und in einem israelischen Militärfahrzeug eine Bombe zu zünden, die großen Schaden anrichtete und zwei Soldaten tötete. Am 29. Juli griffen sie in der Nähe von Jerusalem israelische Besatzer an und fügten ihnen schwere Verluste zu.

SAHARA

Die FPOLISARIO hat den marokkanischen und mauretanischen Eindringlingen schwere Verluste zugefügt. Am 26. Juli kam es bei Big Mogrhein zu einem schweren Gefecht, bei dem 70 mauretanische Soldaten ums Leben kamen und weitere 40 verletzt wurden. Drei Tage später wurden im gleichen Gebiet weitere 90 Soldaten Mauretaniens kampfunfähig gemacht. Am gleichen Tag verloren die marokkanischen Soldaten bei einem Gefecht nördlich von Zag 70 Soldaten.

LAOS

Die Regierung des befreiten Laos setzt alles daran, um die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung zu verbessern. Seit Anfang des Jahres wurden insgesamt 82 Krankenhäuser errichtet und mehr als 140 Ärzte ausgebildet. Heute gibt es bereits in 86% der Dörfer klinische Stationen. In den ländlichen Gebieten sind mobile Hygieneteams unterwegs, die einfache Erkrankungen heilen und der Bevölkerung hygienische Kenntnisse vermitteln. Diese mobilen Teams impften allein im vergangenen Mai mehr als 29 000 Menschen.

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES DEMOKRATISCHEN KAMPUCHEA

Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Stadtsparkasse Dortmund
Kto.-Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMPUCHEA

NORDIRLAND

Die nordirischen Patrioten fügen den britischen Besatzern und ihren einheimischen, reaktionären Lakaien weitere Schläge zu. Am 31. Juli führten die Patrioten zwei Aktionen in Belfast durch, wobei sie drei reaktionäre Elemente töteten und weitere verwundeten. Ein Verband der Volkskämpfer griff einen Posten britischer Besatzer an, der etwa 60 km nördlich von Belfast liegt. Bei dem mehrstündigen Feuerwechsel wurde ein Besatzsoldat getötet und vier andere schwer verletzt.

ÖSTERREICH

Die österreichischen Bauern führten in Wien, Klagenfurt und Kärnten Demonstrationen durch, um gegen die Milchpreisregelung zu protestieren. Mit ihren Traktoren blockierten sie stundenlang den Verkehr. Dabei trugen sie auch Transparente gegen den reaktionären Bauernverband mit, der ihrem Kampf gegen die Ausplünderung durch die Milchpreisregelung in den Rücken gefallen war und die Streiks sabotierte.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
6.00- 6.30	41 und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW)

32 m entspricht 9,26 MHz (KW)
41 m entspricht 7,23 MHz (KW)
50 m entspricht 5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca. 1400 KHz (MW)



RADIO PEKING

19.00-20.00	31,7 m, 42,7 m und 38,5 m (KW)	31,7 m entspricht	9,46 MHz (KW)
		42,7 m entspricht	7,01 MHz (KW)
21.00-22.00	ebenso	38,5 m entspricht	7,78 MHz (KW)

Zum 20. Todestag von Bertolt Brecht

"Und weil der Prolet ein Prolet ist..."

Am 14. August 1956, vor 20 Jahren, starb in Ost-Berlin der revolutionäre Dichter und Schriftsteller Bertolt Brecht. Fast drei Jahrzehnte seines Lebens war er mit dem revolutionären Kampf des deutschen Proletariats verbunden und schuf in dieser Zeit zahlreiche Lieder, Theaterstücke und Gedichte, die in der deutschen revolutionären Arbeiterbewegung unvergessen bleiben werden, wie etwa das „Einheitsfrontlied", die „Resolution der Kommunarden", das „Solidaritätslied" oder das Theaterstück „Die Mutter" nach dem Roman von Maxim Gorki.

Obwohl Bertolt Brecht nicht Mitglied der Kommunistischen Partei war, ist der Hauptteil seines Schaffens durchdrungen von einer tiefempfundenen Parteinahme für die Sache des proletarischen Klassenkampfes, für die revolutionäre Gewalt der Massen und die Diktatur des Proletariats, sowie für den Kampf um die Einheit und Unabhängigkeit der deutschen Nation.

Bertolt Brecht wurde am 10. Februar 1898 in Augsburg als Sohn eines Fabrikdirektors geboren. Schon früh begann er mit Gedichten, Kritiken und verschiedenen Theaterstücken an die Öffentlichkeit zu treten und errang schnell literarischen Ruhm. Obwohl er zu dieser Zeit bereits scharfe Kritik an der Verlogenheit der bürgerlichen Moral und bestimmter Erscheinungen der kapitalistischen Gesellschaft übte, geschah dies nicht vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus und Brecht neigte in seinen Stücken zu einem anarchistisch beeinflußten, schrankenlosen Individualismus. So propagierte er in dem Stück *„Trommeln in der Nacht"* über den Spartakus-Aufstand von 1919, angesichts der Niederlage des proletarischen Aufstandes, die Abkehr vom Klassenkampf, die Rückkehr in ein kleinbürgerliches Spießerdasein. Während sich Brecht später von diesen Stücken distanzierte, werden sie bis heute von der Bourgeoisie mit Vorliebe aufgeführt.

Brecht, der seine künstlerische und politische Entwicklung als bürgerlicher Intellektueller begann, blieb jedoch im Gegensatz zu vielen seiner Kollegen nicht bei dieser Kritik an der kapitalistischen Ausbeuterordnung stehen. Später schreibt er in einem Gedicht über diesen Abschnitt seines Lebens: *„Ich bin aufgewachsen als Sohn / wohlhabender Leute. Meine Eltern haben mir / einen Kragen umgebunden und mich erzogen / in den Gewohnheiten des Bedientwerdens / und unterrichtet in der Kunst des Befehlens. Aber / als ich erwachsen war und um mich sah / gefielen mir die Leute meiner Klasse nicht / Nicht das Befehlen und nicht das Bedientwerden / und ich verließ meine Klasse und gesellte mich / zu den geringen Leuten."*

Es ist das Jahr 1926. Die Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus geht ihrem Ende entgegen. Streikkämpfe, politische Demonstrationen der Arbeiterklasse. Unter der Führung Ernst Thälmanns wird die KPD zur wirklichen bolschewistischen Massenpartei. Der Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten, die die sozialistische Sowjetunion und die Revolution in China im Blut ersticken wollen, erfaßt immer breitere Schichten auch der deutschen Werktätigen.

Brecht bekommt Kontakt zu Kommunisten, spürt die Kraft der revolutionären Theorie des Marxismus-Leninismus. Er beginnt, Kurse an der „Marxistischen Arbeiterschule" der KPD zu belegen und sich mit dem Marxismus-Leninismus vertraut zu machen. Angeregt durch erste Studien, schrieb Bertolt Brecht die *„Dreigroschenoper"*. Marx hatte bei der Analyse der Klassenkämpfe in Frankreich geschrieben: *„Die Finanzoligarchie, in ihrer Erwerbsweise wie in ihren Genüssen, ist nichts als die Wiedergeburt des Lumpenproletariats auf den Höhen der bürgerlichen Gesellschaft."* Die auf dieser Tatsache aufbauende *„Dreigroschenoper"*, Brechts Bearbeitung eines Theaterstücks der fortschrittlichen Satiriker Jonathan Swift und John Gay aus dem England zu Beginn des 18. Jahrhunderts, beschreibt die Welt der Gauner, Diebe und Mörder der Londoner Unterwelt, die ihrer Moral und ihrem



Charakter nach der Welt der imperialistischen Monopolbourgeoisie völlig gleicht. Beide basieren auf organisiertem Raub, Mord und mörderischem Konkurrenzkampf, beide bemänteln dies mit einer durch und durch verlogenen, heuchlerischen Moral.

Die satirische *„Dreigroschenoper"* wurde ein Welterfolg. Brecht benutzte einen großen Teil des Geldes, das er damit verdiente, um sein Studium des Marxismus intensiver und systematischer zu betreiben. In dieser Periode schrieb Brecht eine Reihe von „Lehrstücken", in denen er sich mit verschiedenen Prinzipien des Marxismus-Leninismus auseinandersetzte und sie zu erfassen versuchte. Mit Sympathie verfolgte er den Kampf der Kommunistischen Partei Deutschlands gegen die reformistische, sozialfaschistische Politik der SPD-Führung.

Das Jahr 1929 wurde zu einem Wendepunkt in der Entwicklung Brechts. Am Fenster der Wohnung eines Freundes, in unmittelbarer Nähe des Karl-Liebknecht-Hauses, dem Sitz des ZK der KPD, erlebte er den 1. Mai 1929, den berüchtigten Blut-Mai. Er sieht aus nächster Nähe, wie die Polizeitruppen des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel nach dem Verbot der 1.-Mai-Demonstrationen ganze Straßenzüge und Viertel umstellen, wie sie rücksichtslos in die unbewaffnete Menge schießen, er sieht, wie demonstrierende Arbeiter im Kugelhagel zusammenbrechen. Es hält ihn nicht am Fenster, bis in den späten Abend fährt Brecht in seinem Auto durch die umkämpften Straßen des Berliner Arbeiterviertels Wedding, eilt zu den Orten, wo Protestaktionen angekündigt sind. In diesen Tagen beschließt Brecht, sein Schaffen in den Dienst des proletarischen Klassenkampfes zu stellen.

„Das bleibt das Einmaleins: Nichts habe ich jemals gemeinsam Mit der Sache des Klassenfeinds."

Eines der ersten Stücke nach dem Blut-Mai 1929 ist Brechts *„Die Maßnahme"*. In ihm versucht er, verschiedene Prinzipien der Taktik und des Kampfes der bolschewistischen Partei szenisch zu verdeutlichen. *„Die Maßnahme"* wird 1933, noch vor der Machtergreifung des Hitlerfaschismus, in vielen Städten verboten, Theaterleiter, die es aufführen lassen, werden, z. B. in Erfurt, wegen Hochverrats vor Gericht gestellt, das Theater während der Aufführung von Polizei besetzt.

„Wenn die Unterdrückung zunimmt / werden viele entmutigt / Sein Mut aber wächst" – so beginnt das Gedicht *„Lob des Revolutionärs"*, Bestandteil des Stückes *„Die Mutter"*, eines der ersten reifen politischen Werke von Bertolt Brecht, nach dem Roman des Begründers des sozialistischen Realismus, Maxim Gorki, das 1932 uraufgeführt wird. In kurzen, knappen Szenen, verbunden mit Liedern und Chören wird die Geschichte der Arbeiterfrau Pelagea Wlassowa im Rußland von 1905 erzählt. Sie entwickelt sich von einer zunächst rückständigen, unbewußten Frau, die nur in der Sorge um ihren Sohn, den bolschewistischen Revolutionär Pawel, lebt, unter dem Einfluß des heftigen Klassenkampfes und der brutalen politischen Unterdrückung durch den russischen Zarismus zur klassenbewußten, zielklaren proletarischen Revolutionärin, die den Platz ihres Sohnes einnimmt, als dieser von der zaristischen Polizei hingerichtet wird. Das Stück zeigt ihren Kampf in den Reihen der Partei bis zum Ausbruch des 1. Weltkrieges. Sie gehört zu den Bolschewiki, die sich dem Verrat der Revisionisten der II. Internationale entgegenstellen. Als sie z. B. hört, daß die sozialdemokratischen Führer in Europa die Arbeiter zur Teilnahme am imperialistischen Krieg, zur Verteidigung der Interessen der „eigenen" Bourgeoisie aufrufen, prangert sie diese vor den Arbeitern voller Haß an: *„Was sind das für Führer? / Seite an Seite kämpft ihr, mit dem Klassenfeind / Arbeiter gegen Arbeiter / Eure Organisationen mühsam aufgebaut / mit den Pfennigen der Entbehrung, werden zerschlagen / Eure Erfahrungen vergessen / und vergessen ist die Solidarität aller Arbeiter aller Länder!"*

Mutig gegen die Strömung kämpfend, macht sie, wie die anderen bolschewistischen Genossen unter schwersten Bedingungen der Illegalität, Propaganda gegen den imperialistischen Krieg, für die proletarische Revolution. Das Stück endet mit dem *„Lob der Dialektik"*, in dem es zum Schluß heißt: *„Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein? / Denn die Besiegten von heute sind die Sieger von morgen / und aus niemals wird: heute noch!"*

Brecht ist jetzt rastlos tätig. Seine bürgerliche Künstlerkarriere, die 1929 ihren Höhepunkt erreicht hatte, hat er aufgegeben. Die bürgerliche Presse, die ihn vor kurzem noch feierte, läßt kein gutes Haar mehr an Brecht. „Primitiver kommunistischer Tendenzdichter" heißt es. Seine Stücke werden immer öfter verboten oder ihre Aufführung verhindert. Sein einziger Film *„Kuhle Wampe"*, wird von der Zensur ebenfalls verboten.

Während er gleichzeitig an mehreren Stücken arbeitet, darunter dem großen revolutionären Drama *„Die heilige Johanna der Schlachthöfe"*, in dem er mit Reformismus und Pazifismus abrechnet und die revolutionäre Gewalt der proletarischen Revolution propagiert, erfüllt er aktuelle politische Aufgaben der Partei. Die Krise des kapitalistischen Weltsystems hat sich weiter verschärft. Massenarbeitslosigkeit, Hunger, Massenelend und Not. Die KPD wird in den überwiegend proletarischen Großstädten zur stärksten Partei. Während in Deutschland eine revolutionäre Situation heranreift, wächst zugleich die Gefahr des Faschismus. Die KPD kämpft um die Proletarische Einheitsfront gegen den Faschismus.

„. . . und weil der Mensch ein Mensch ist, drum hat er Stiefel im Gesicht nicht gern . . ."

Brecht und sein Freund, der Komponist Hanns Eisler, werden zu Propagandisten der proletarischen Einheitsfront. Es entstehen Massenlieder, die zum Kampf gegen Faschismus und Krieg aufrufen, darunter das *„Solidaritätslied"* und das berühmte *„Einheitsfrontlied"*. Während Brecht für die antifaschistische Einheitsfront wirbt, führt er zugleich einen scharfen Kampf in Aufsätzen, Artikeln und Reden gegen die bürgerlichen „Kritiker" des Faschismus. Für ihn ist der Kampf für die proletarische Revolution der entscheidende Weg im Kampf gegen den Faschismus. 1933 schreibt er beispielsweise: *„Es kann in einem Aufruf gegen den Faschismus keine Aufrichtigkeit liegen, wenn die gesellschaftlichen Zustände, die ihn mit Naturnotwendigkeit erzeugen, in ihm nicht angetastet werden. Wer den Privatbesitz an Produktionsmitteln nicht preisgeben will, der wird den Faschismus nicht loswerden, sondern ihn brauchen."* Wiederholt prangert er auch die Führer der SPD an, die mit ihrer Politik der Spaltung der Arbeiterklasse den Kampf gegen den Hitler-Faschismus sabotieren. In Satiren, Gedichten und Aufsätzen entlarvt Brecht unermüdlich die faschistische Demagogie der Nazis. 1932 heißt es in den Polizeiakten *„daß Brecht überzeugter Kommunist und als solcher auch schriftstellerisch für die KPD tätig ist."*

(wird fortgesetzt)

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags ROTER MORGEN bezogen werden.

◯ Ich möchte besucht werden Ich bitte um Informationsmaterial ◯
(Bitte ankreuzen und an das nächstgelegene Parteibüro einsenden).

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr. 9-12, 14-18 Uhr, Sa 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040/43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3 Hannover, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 17.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 68 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621/37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30 Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030/46 52 807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

51 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-14 Uhr.

48 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

463 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-19.00, Sa 10-13 Uhr.

28 Bremen (Walle), Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, Öffnungszeiten: Do und Fr 16.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

41 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36, Öffnungszeiten: Mi und Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Öffnungszeiten: Di-Fr 16.00-18.30, Sa 9-14 Uhr.

23 Kiel 14 (Gaarden), „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13, Tel.: 0431/74 762, Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24, Öffnungszeiten: Di-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

24 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/76 939. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

44 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/65 205, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

Parteiveranstaltungen

BERLIN

Veranstaltung zum 15. Jahrestag des Baus der Mauer

Am 15.8. um 15 Uhr in der Gaststätte „Neue Welt", Hasenheide.

KASSEL

Veranstaltung zum Roten Antikriegstag 1976

Am 26.8. um 19 Uhr in der „Bürgerschenke"